

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 47.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 423.

Düsseldorf, 23. November 1912.

Redakteur: A. Seutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Ferngr.-Adresse: Textilverband, Düsseldorf.

14. Jahrg.

## Werksgemeinschaft oder Gewerksolidarität?

Auszug aus einem Vortrage von Dr. Heinz Brauns, gehalten in einer Offener Versammlung.

II.

Man hat nun zur

**Begründung der neuen gelben Methode gesagt, die Gewerkschaften schädigten die Arbeiterinteressen.**

Da predigt der Fuchs den Fühnern. Das Feingefühl für das, was Arbeiterinteressen sind, darf man, glaube ich, ruhig der Arbeiterschaft selbst überlassen. Es wird gesagt, daß das, was die Gewerkschaften an höheren Löhnen erringen, geleistet werde auf Kosten der ungelerten Arbeiter. So hat gestern ein Herr Professor Bohle in den Vorträgen für Staatswissenschaftliche Fortbildung in Köln gesagt. Das ist nicht richtig; aber woher kommt diese Weisheit? Sie kommt bei den Herren Nationalökonomien vielfach daher, daß die Wissenschaft stehen bleibt in ihren Studien und Erkenntnissen bei einer Zeit, die ein oder zwei Menschenalter hinter uns liegt. Wenn Bohle zur Begründung seiner Anschauung ausführt, daß der Abstand zwischen dem Lohn der gelernten und ungelerten Arbeiter in Nürnberg in den letzten 30 bis 40 Jahren derselbe geblieben ist, so beweist das gar nichts. Deshalb können doch die Löhne beider Kategorien im gleichen Maße gestiegen sein. Der Herr Professor mußte nicht einmal, daß durch die letzte Bewegung in Nürnberg auch der erwähnte Abstand verringert worden ist. Die deutsche Arbeiterbewegung operiert in diesen Dingen wesentlich anders, als die englische. — Die Lohnerhöhungen, so sagt man weiter, die die Gewerkschaften durchsetzen, sollen errungen werden auf Kosten der Preise, und weil es schließlich die Massen sind, die die erhöhten Preise zahlen müssen, so seien es schließlich doch die Arbeiter wieder selbst, die die Last zu tragen hätten. Das ist durchaus unrichtig, denn die Menschheit setzt sich doch nicht bloß aus Arbeitern zusammen, die Arbeiterschaft trägt bestenfalls ein gutes Drittel. Auch die übrigen zwei Drittel zahlen mit, und es gibt sehr viele Einrichtungen und Fabrikationen, die den kleinen Mann kaum betreffen. Ich glaube nicht, daß beispielsweise bei einer Lohnerhöhung in der Automobilindustrie der kleine Mann unter einer Preissteigerung zu leiden haben wird.

**Muß sich denn jede Aufbesserung der Arbeiterlöhne in eine Erhöhung der Preise umsetzen?**

Das nimmt man einfach so an. Man sagt z. B., die Löhne der Bauarbeiter sind gestiegen, also müssen auch die Mieten steigen. Dazu bedürfen wir aber einer sehr genauen Untersuchung, ob nicht gleichzeitig auch mit dem Arbeitslohn die Arbeitsleistung gestiegen ist. Dabei denke ich nicht bloß an die persönliche Anstrengung des Arbeiters, sondern an persönliche Anstrengung inklusive maschineller und organisatorischer Leistung. Hat nicht in wer weiß wie vielen Fällen eine Lohnbewegung bewirkt, daß man technische Fortschritte einführt? Wieviele Erhöhungen der Löhne sind möglich gewesen dadurch, daß der Gesamtbetrieb besser organisiert und einheitlicher gestaltet und die Ergiebigkeit der maschinellen Arbeit, die Gesamtproduktion gesteigert worden ist. Das sind doch auch Möglichkeiten für die Erhöhung der Löhne, ohne daß die Preise zu steigen brauchen, und es wird noch sehr der Untersuchung bedürfen, was mehr preissteigernd gewirkt hat, die Gewerkschaftspolitik oder die Syndikalpolitik. Da werden wir wahrscheinlich sehen, daß die letztere den Hauptanteil an der Steigerung der Preise gehabt hat, nicht die Arbeiterschaft und die Gewerkschaftspolitik.

Die Herren der neueren Richtung in der national-ökonomischen Wissenschaft sagen ferner, wenn die Lohnerhöhungen nicht auf die angegedeutete Weise (Verbesserung der Technik usw.) eingebracht würden, dann wären sie nur noch möglich, wenn das Kapital selbst die erhöhten Löhne zahlt, und das wäre ein volkswirtschaftliches Unglück, denn wir bedürften der Kapitalisierung, der erhöhten Kapitalisierung, denn dadurch komme unsere Volkswirtschaft vorwärts, daß sie reich an Kapital sei. Das letztere ist durchaus richtig, aber es ist deshalb nicht gesagt, daß wir heutzutage dank der Gewerkschaftspolitik zu wenig Kapitalisierung haben. Es ist auch nicht gesagt, daß die Kapitalisierung unbedingt so hoch sein muß, wie sie heute ist. Man kann vielmehr heute befürchten, daß die Kapitalisierung zu stark ist auf Kosten der gemeinschaftlichen Volksinteressen.

Endlich hat man sich zu der Bemerkung aufgeschwungen und gesagt, ja, diese Gewinne der Unternehmer würden auch besser verwandt, als die Löhne der Arbeiter, nämlich der Arbeiter verzehre alles. Die Unternehmer dagegen stecken die Gewinne wieder in die Produktion hinein und dadurch liefern sie dem Arbeiter wieder neue Arbeitsmöglichkeiten. So sei dieser Unterschied durchaus gesund und zu rechtfertigen, während der Güterverzehr volkswirtschaftlich ungesund sei. Die Steigerung der Produktion, das sei das einzige volkswirtschaftlich Richtige. Diese Gedanken wurden ausgesprochen in einer Diskussion zwischen einem Professor der Nationalökonomie und Arbeitervertretern. Demgegenüber fragen wir: sind wir denn einfach nur dazu da, nur zu produzieren. Ist die Produktion Selbstzweck? Nach unserer Auffassung ist der Zweck der Produktion die Erhöhung der Lebensmöglichkeit und der Lebenshaltung. Wo will man denn mit der erhöhten Produktion bleiben, wenn die Massen nicht mehr verzehren? Der Verzehr setzt sich doch wieder in Kapitalisierung um. Derselbe Herr Professor hat sich einmal beklagt über den wissenschaftlichen Dilettantismus in der Arbeiterbewegung.

**Auch unter den Vertretern der Wissenschaft zeigt sich ein Dilettantismus,**

und zwar hinsichtlich der Praxis der Bewegung.

Die Gelben haben nun ein famoses Rezept gegen die angeführten Tatsachen, sie sagen: gewiß, der Arbeiter soll konsumkräftig werden, das Einkommen steigern, einmal dadurch, daß die Werke selbst daran interessiert sind; dann sagen sie aber, wie es in den Wertvereinsblättern heißt: Durch Sparbarkeit zu Eigentum und Unabhängigkeit. Wir sind die letzten, die nicht die Sparbarkeit gefördert wissen wollen. Aber wenn man das so einseitig hinstellt, wie es durch die Gelben geschieht, dann ist das nichts anderes, als ein Rückfall in die alten manchesterlichen Theorien, in die Zeit, da der wirtschaftliche Liberalismus allein das Fest in der Hand hatte und da solche Rezepte geschaffen wurden. Dieser alte Liberalismus hatte nichts anderes für die Arbeiter als Bildungs- und Sparvereine. Wir haben ja gesehen, wie weit man damit gekommen ist, welche Verelendung die Folge war, die der Sozialdemokratie das Material zu ihren Theorien geliefert hat.

**Wie steht es überhaupt mit dem Gedanken der Wertgemeinschaft im allgemeinen?**

Man sagt, der Wertgemeinschaftsgedanke ist auch deshalb falsch, weil die Gewerkschaften in ihren Blättern und Versammlungen von nichts anderem als vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit reden. Das ist eine Verkennung der Tatsachen. In der Gewerkschaftsbewegung selbst, wenigstens in unserem Lager, ist stets und mit aller Deutlichkeit hervorgehoben worden, daß

wir nicht nur Gegensätze zum Kapital kennen. Das kann in den Publikationen der christlichen Gewerkschaftsbewegung jeder nachlesen. Neben der Interessensolidarität besteht aber auch ein Stück Gegensatz, und dieses Stück Gegensatz kommt in der Gewerkschaftsbewegung zur Geltung. Die Herren machen aber einen großen Fehler. Sie weisen immer auf die Gewerkschaftsbewegung allein hin. In der gesamten Arbeiterbewegung gibt es aber auch noch andere Blätter, die die Dinge vom Standpunkte der Wirtschaftspolitik, der Weltanschauung usw. beleuchten, und die betonen noch mehr als die Gewerkschaftspresse selbst das Gemeinsame zwischen Arbeit und Kapital, die Solidarität im Gewerbe auf zollpolitischem und volkswirtschaftlichem Gebiet. In diesen nichtgewerkschaftlichen Arbeiterblättern finden sich geradezu mustergültige programmatische Ausführungen über diese Dinge. Das ist der große Fehler, die Blindheit mit der die Vertreter der gelben Idee in den Nichtarbeiterkreisen geschlagen sind: Sie versäumen, die Solidarität zwischen Unternehmer und Arbeiter zu schaffen, nicht an der Stelle, wo sie notwendig und möglich ist, an der Stelle der Interessenvertretung der Gesamtindustrie in unserer Wirtschafts-, Staats- und Weltpolitik, bei der Handels- und Zollpolitik und gegenüber den anderen Kreisen in unserem Volkswirtschaftsleben. Da ist Interessensolidarität voll auf gegeben. Sie kommt aber nicht zur Geltung. Warum wird diese Solidarität, warum werden diese Kräfte nicht geweckt?

**Weil die Herren den Weg zur sozialen Solidarität nicht gehen wollen.**

Hier liegt der tiefste Kern des Übels. Würden die Herren sich sozial verständigen mit den Arbeiterorganisationen, dann würden sie die Solidarität der Industrie als eine Tatsache vor sich liegen haben. Man spricht von der Solidarität der Interessen der Arbeiter und der Einzelwerke. Der Grundsatz ist glatterdings falsch. Gewiß, in einem Einzelfalle, wo es sich um ein technisch hochentwickeltes Werk handelt, da mag eine teilweise Solidarität zwischen dem Werk und dem Arbeiter gegeben sein; letzten Endes aber hat jeder Arbeiter ein Interesse an Freizügigkeit und Selbständigkeit. Wir wollen doch nicht wieder zurückgehen auf die alten Zeiten und schwer erkämpfte Ertrungenschaften preisgeben, und zu diesen Ertrungenschaften gehört auch die persönliche Freiheit des Arbeiters. Wir haben doch nicht lauter gutgehende und technisch hochentwickelte Werke, sondern auch Werke, die nach der technischen wie der organisatorischen Seite rückständig sind. Soll sich die Arbeiterschaft auch mit diesen solidarisch erklären? Hat nicht die Gesamtindustrie und Volkswirtschaft geradezu ein Interesse daran, daß die rückständigen Werke zu technischem und organisatorischem Fortschritt gebracht werden? Und haben wir nicht in einer ganzen Reihe von Tarifgemeinschaften es ausgesprochen, daß der Zweck der Tarifgemeinschaft nicht ist, das einzelne Werk zu haben, sondern das gesamte Gewerbe, und gegen die Schmutzkonzurrenz anzukämpfen? Wenn das der Zweck der Tarifgemeinschaften ist, dann ist die Wertsolidarität im Sinne der Gelben in vielen Fällen überhaupt nicht vorhanden. Sie ist rechtlich ebenso verwerflich wie auch volkswirtschaftlich.

**Nicht Wertsolidarität, sondern Gewerbe- und Volkswirtschafts-solidarität.**

Die Werttheorie ist falsch, soweit sie sich gegen die Gewerkschaften richtet. Weiterhin: das, was die Werttheorie an die Stelle der Gewerkschaftsbewegung setzt, die gelbe Bewegung ist falsch und gefährlich.

Zunächst wegen ihrer Unselbständigkeit. Die gelbe Bewegung ist nur dadurch möglich, daß die Arbeitermassen auf eine selbständige Arbeitervertretung

verzichten. Den gelben Wertvereinen ist wesentlich der Paragraph ihres Statuts, der eine selbständige Vertretung der Arbeiterinteressen ausschließt. Ob man mit einer solchen unselbständigen Bewegung jene Eingliederung der Arbeiterschaft in die Gesellschaft zu vollziehen vermag, die von den geistigen Arbeitern als notwendiges Ziel dargestellt wird, ist zu verneinen, denn mit einer solchen unselbständigen Arbeiterbewegung kann man nie und nimmer eine sozialdemokratische Arbeiterbewegung überwinden. Wann hat das moderne Bürgertum, dessen Vertreter heute der Arbeiterschaft ihre Selbständigkeit absprechen möchten, sich durchgerungen? Das ist damals gewesen, als diese Männer ihre Industrie schufen, als sie wirtschaftlich emporstiegen. Wann sind die alten Stände, das Handwerk, die Landwirtschaft gesellschaftlich und politisch emporgestiegen? Als sie ihre wirtschaftlichen Organisationen hatten. Die wirtschaftliche Freiheit war die Basis, auf der sich diese Stände politisch entwickeln konnten. Wer hat ihrer Arbeiterbewegung die Männer gegeben, die in Stadt und Staat ihre Interessen vertreten? Das ist nur möglich gewesen dadurch, daß hinter diesen Männern eine wirtschaftliche Macht stand, die ihr eigenes Werk war, bei der sie nicht abhängig waren von anderen Klassen. Mit einer wirtschaftlich unselbständigen Bewegung kann man niemals eine politische, staatsbürgerliche Eingliederung der Arbeitermassen schaffen. Diese Unselbständigkeit der gelben Bewegung springt auf Schritt und Tritt in die Augen. Nicht nur, daß die Mitglieder gezwungen werden, in die Wertvereine einzutreten, auch die geistigen Elabore der Gelben zeigen diese Unselbständigkeit. Aus den Wertvereinsorganen sprechen nichts anderes als die Interessen der Unternehmer.

**Die gelbe Bewegung ist aber auch unwahr,** und zwar, weil sie unter falscher Flagge segelt. Da wird immer die nationale Fahne herangezogen, und an der Spitze des Wertvereinsblättchens steht: „An's Vaterland, an's teure, schließ dich an.“ „An die Wertbesitzer, die teuren, schließ dich an“ müßte es heißen. Man sagt, die gelbe Bewegung sei unpolitisch. Als wenn wir es nicht erlebt hätten, daß die gelben Wertvereinsmitglieder aufgestellt worden sind, einen bestimmten politischen Kandidaten zu wählen. Ich bin für meine Person der Auffassung, daß die gelbe Wertvereinsbewegung gerade aus politischen Gesichtspunkten heraus geschaffen worden ist. Man hat die Arbeiter verloren, und sucht sie auf diese Weise zu gewinnen. Die Sache ist bedenklich, denn der Stimmzettel ist geheim und verrät nicht, ob unter dem gelben Deckmantel doch rot gewählt worden ist.

**Der Wertverein wirkt aber auch demokratisierend.**

Er erzieht keine Charaktere, sondern Schmarotzer. Wenn er das tut, wenn er innerlich so unwahr ist und Schmarotzerpflanzen erzieht, dann bin ich der Überzeugung, daß wir auch vom religiösen Standpunkte aus unsere Bedenken gegen eine solche Bewegung haben müssen. Man ist verschämpt darüber gewesen, daß die konfessionellen Arbeitervereine gegen die Gelben Front gemacht haben. Einmal sind die Arbeitervereine nicht in erster Linie dazu da, speziell religiöse Vereine zu sein, dafür haben wir unsere Kirche, die Kongregationen und so viele andere kirchliche Einrichtungen. Die Arbeitervereine sind soziale Standesvereine, die freilich ideale Aufgaben zu erfüllen haben, aber sie sind eben Standesvereine, und nur, wenn sie als soziale Standesvereine gewertet werden, dann haben sie ihre volle Bedeutung. Von diesem Gesichtspunkte aus haben die Arbeitervereine ein Recht, sich gegen die gelbe Bewegung zu wehren. Auch die idealen religiösen Kämpfe können nicht durchgeführt werden ohne ganze Charaktere, ohne selbständige Menschen. Wie viel frisches Blut hat gerade die Gewerkschaftsbewegung in die Arbeiterbewegung getragen. Das ist keine Frage, daß diese Selbständigkeit der Arbeiterbewegung eine Triebkraft auch des religiösen Fortschrittes darstellt. Wo kommen wir hin mit der gelben Bewegung? Sehen wir uns die Berichte der einzelnen Versammlungen an; was ist der ganze Inhalt? Wie bei den alten Römern man panem et circenses (Brot und Zirkusspiele) als genügend für das Volk hielt, so lehrt auch genau dasselbe in der gelben Bewegung wieder. Die Versammlungen sind Unterhaltungs- und Vergnügensversammlungen.

**Die gelbe Bewegung ist aber auch praktisch undurchführbar.**

Was hat sie hinter sich? 70000 Menschen, und wie sind sie hineingekommen? Wenn wir die wirklich Willigen zusammenzählen, dann kommen wir vielleicht auf 5000 bis 10000 Mitglieder. Die anderen sind durch allehand Leihen oder starken Druck in die Wertvereine hineingekommen. Mit einer solchen Bewegung glaubt man, praktisch die Einordnung

der Arbeiter in die Gesellschaft fertigzubringen. Glaubt man denn, daß sich die selbständige und selbstbewusste Arbeiterschaft auf die Dauer die gelbe Bewegung wird bieten lassen? Entweder lebt die gelbe Bewegung von Sonderprivilegien, oder sie lebt überhaupt nicht mehr. Wenn sie von Sonderprivilegien auf Kosten der anderen Arbeiter lebt, und von Gewinnen, die durch die Gesamtheit der Arbeiter geschaffen worden sind, dann wird sich die selbstbewusste Arbeiterschaft diese Sonderbevorzugung nicht gefallen lassen, und es wird zweifellos zu erschütternden Kämpfen in der Industrie kommen.

Friede ernährt, Unfriede verzehrt. Aber fauler Friede verkauft! Ein altes Sprichwort sagt sehr richtig: Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Deshalb braucht man keinen Klassenkampf im Sinne der Sozialdemokratie, den wir verwerfen. Ohne daß die Arbeiterbewegung sich selbständig durchringt, mit eigener Kraft Widerstände überwindet, ohne daß das, was sie schafft, etwas Selbstwähltes, mit eigenen Opfern Durchgesetztes und daher Herzenssache des Arbeiters ist, ohne daß die Arbeiterbewegung des Arbeiters eigene Sache geworden ist, wird niemals eine Überwindung der Sozialdemokratie möglich sein. Das sind Wahrheiten, philosophische Wahrheiten, die die Leiter und geistigen Führer der gelben Bewegung in jeder Pädagogik nachlesen können. Darum möge man nicht den eigenen Vorteil im Auge haben, sondern wirklich das Wohl der Gesamtheit. Dann wird man

**keine gelbe, sondern eine selbständige Arbeiterbewegung wollen.**

Nicht einseitige Werksolidarität auf jeden Fall, sondern Gewerkesolidarität, wo sich organisierte Arbeiterschaft und organisierte Unternehmerschaft im gemeinsamen Interesse als wissende, denkende und selbständige Menschen die Hand reichen und einander verstehen. Das ist das große Ziel, nach dem sie streben, ein Ziel, das in einem Menschenalter nicht erreicht werden wird, da es viel zu groß und erhaben ist; aber ein Ziel, dessen Verwirklichung eine Epoche in der Weltgeschichte bedeutet. Sie bringen mit ihrer Bewegung die Weltgeschichte ein gewaltiges Stück vorwärts. Halten sie fest mit ganzer Kraft an der selbständigen Arbeiterbewegung, mag es noch so viele Kämpfe erfordern, sie sind die Träger einer neuen Zeit.

Mit Gott in die neue Zeit hinein,  
Schau fest zum Ziele deines Strebens,  
Ein jeder Tag, ein neuer Stein  
In dem Gebäude deines Lebens.

**Die Konzentration in der „freien“ Gewerkschaftsbewegung.**

In Deutschland hat sich die Entwicklung der Gewerkschaften anders vollzogen als namentlich in England. Während dieses eine starke Zerplitterung in einer Reihe von Verbänden selbst in ein- und demselben Berufe sowie nach Gegenden aufweist, zeigt die deutsche Gewerkschaftsbewegung mehr die Tendenz zu immer engerem Zusammenschluß, zur Konzentration, zum Uebergang von Branchen — zu dem das ganze Reich und das ganze Gewerbe umfassenden Industrieverband. Diese Tendenz tritt allerdings erst später zu Tage, nachdem der erste Kongreß der „freien“ Gewerkschaften zu Halberstadt 1892 sich dafür ausgesprochen hatte. Man erklärte sich hier für die Annäherung der Verbände verwandter Berufe durch Kartellverträge, welche eine Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, einheitliche Behandlung bei Reisen besuchlicher Mitglieder, eine Zentralisation der Arbeitsnachweise und ein gemeinsames Organ ermöglichen sollten. Die Frage, ob die spätere Vereinigung der Branchenorganisationen in Unions oder Industrieverbänden stattzufinden habe, sollte der weiteren Entwicklung auf Grund der Kartellverträge überlassen bleiben. Der Kongreß erklärte ferner, daß die Zentralorganisation die richtige Grundlage der Gewerkschaftsorganisation sei.

Auf den in Halberstadt vorgezeichneten Bahnen hat sich denn auch die „freie“ Gewerkschaftsbewegung in den darauf folgenden 20 Jahren entwickelt. Das zeigt in lehrreicher Weise ein Anlaß vom Vorsitzenden der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften, Carl Legien, über „die Konzentration der Kräfte in der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung“ in der letzten Nummer (18/20) der „Sozialistischen Monatshefte“. Nachdem er einige kurze Rückblicke auf die Zeit von 1848—1892 gegeben hat, schildert er dann ausführlicher den Verlauf der Organisation von dem letzten Zeitpunkt an, seitdem ja der eigentliche, ungehinderte Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland datiert.

Das Kupfer eines Industrieverbandes ist heute nach Legien der „freie“ Metallarbeiterverband. Dieser zählte am Schlusse des Jahres 1911 in 451 Zweigvereinen 515 145 Mitglieder und wird durch den mit dem 1. Oktober d. J. stattfindenden Zutritt des Schmiedeverbandes um weitere 16600 Mitglieder wachsen. Er

ist die größte gewerkschaftliche Organisation der Welt, in keinem anderen Land ist eine auch nur annähernd gleich große gewerkschaftliche Vereinigung vorhanden. Nach dem Anschluß der Schmiede gibt es in Deutschland neben dem Metallarbeiterverband nur noch eine gewerkschaftliche Organisation für die Metallindustrie, den im Jahre 1885 gegründeten Verband der Kupferschmiede, der Ende 1911 in 97 Zweigvereinen 4976 Mitglieder zählte.

Dem Metallarbeiterverband folgten dann im Jahre 1892 andere Verbände mit dem Zusammenschluß zu Industrievereinigungen. Der Verband der Weißgerber vereinigte sich mit dem Verband der Lohgerber zum Verband der Lederarbeiter. Diesem schloß sich der Verband der Handschuhmacher an. Im Jahre 1910 vereinigten sich die Verbände der Hafnarbeiter, der Seeleute und der Transportarbeiter zum deutschen Transportarbeiterverband, der 195 349 Mitglieder am Schlusse des Jahres 1911 zählte. Mittelweile hatte sich auch der Anschluß der Verbände der Posamentierer und der Seiler an den Verband der Textilarbeiter vollzogen. In der Holzindustrie gab es anfänglich nicht weniger als 10 verschiedene Verbände, von denen sich die Bürstenmacher, Drechsler, Stellmacher und Tischler 1893 zum deutschen Holzarbeiterverband zusammenschlossen; die anderen Verbände folgten im Laufe der Jahre nach. Heute zählt er über 183 000 Mitglieder, und ist in der „freien“ Gewerkschaftsbewegung die alleinige Organisation für die Arbeiter der Holzindustrie. Als weitere Konzentrationsbewegungen seien genannt: der Anschluß des Verbandes der Mühlenarbeiter an den Brauereiarbeiterverband, der Portefeuller an den Sattlerverband, der Konditoren an den Bäckerverband, der Hotelbediener an den Verband der Gastwirtschaftlichen, der Lagerhalter an den Verband der Handlungsgehilfen und der Zigarrenportierer an den Tabakarbeiterverband. Durch den Zusammenschluß der Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter entstand im Jahre 1910 der Bauarbeiterverband, dem später der Verband der Stukkateure und der Verband der Holzlerer und Steinhölzler beitraten. Der Bauarbeiterverband war mit 295 688 Mitgliedern am Jahreschlusse 1911 die zweitstärkste der Gewerkschaften Deutschlands.

Mit den bisher aufgezählten Verschmelzungen ist nach Legien dieser Entwicklungsprozeß in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands noch keineswegs abgeschlossen. Es finden noch Verhandlungen statt, die einen weiteren Zusammenschluß von Berufsvereinigungen bezwecken. So wird in den Verbänden der Glasarbeiter, der Porzellanarbeiter und der Töpfer schon seit mehreren Jahren die Frage erörtert, ob deren Vereinigung zu einem Verband der Arbeiter der Keramikindustrie erfolgen soll. Wenn die für 1912 in Aussicht genommenen Zusammenschlüsse erfolgt sein werden, werden Ende 1912 47 „freie“ Zentralverbände bestehen mit 2 1/2 Millionen Mitgliedern gegenüber 65 Zentralorganisationen im Jahre 1892. Die Konzentration hat sich in den „freien“ Verbänden aber noch enger vollzogen. Denn es handelt sich nicht um die gleichen Verbände; nach 1891 sind noch neugegründete Zentralverbände der Altpfasteure, der Blumenarbeiter, der Buchdruckerhilfsarbeiter, der Bureauangestellten, der Fleischer, der Gastwirtschaftlichen, der Maschinisten und der Zivilmusiker, während der Verband der Porzellanarbeiter, der früher den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften angehörte, sich 1893 der Generalkommission anschloß, und die früher gegründeten Verbände der Notensetzer, der Klyographen ihren Anschluß an die Generalkommission vollzogen. Diese 11 Verbände zählten in den 47, die Ende 1912 bestehen werden, mit. Es wären somit 76 gegen 47 Organisationen in Vergleich zu stellen.

Die Konzentration in der „freien“ Gewerkschaftsbewegung soll in Zukunft aber noch weiter gehen.

Wenn, so betont zum Schluß Legien, „vorausichtlich auch der Zusammenschluß weiterer Berufsorganisationen zu Industrieverbänden und der Anschluß kleinerer Organisationen an größere Verbände erfolgen wird, so ist damit immer noch nicht das letzte Wort in der Entwicklung der Gewerkschaften Deutschlands gesprochen. Die Unternehmersonsorganisationen drängen immer mehr darauf, durch Abschluß zentraler Tarifverträge zu einer ihnen gelegenen Zeit große Arbeitermassen in den Kampf zu zwingen. Es kann deshalb auch der Fall eintreten, daß große Industrieverbände der Hilfe anderer Organisationen bedürfen. Daher wird wahrscheinlich der heute unverbändlichen Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung ein bindendes Vertragsverhältnis unter den Gewerkschaftsverbänden folgen.“

Mit dem engeren Zusammenschluß der „freien“ Gewerkschaften winken ihren Bemühungen, für sich beim Abschluß der vorerwähnten Tarifverträge den Arbeitsmarkt zu monopolisieren, erhöhte Aussichten auf Erfolg. Diese Situation macht es den christlichen Gewerkschaftlern zur dringenden Pflicht, die eigenen Reihen zu stärken.

Sich am Kleinsten dankbar freuen,  
um der Pflicht gerecht zu werden,  
nicht das größte Opfer scheuen,  
ist der Weg zum Glück auf Erden.  
Rittershaus.

### Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten wurde amtlicherseits eine Untersuchung über die gewerblichen, sozialen, sittlichen, geistigen und körperlichen Bedingungen der Frauen- und Kinderarbeit veranstaltet. Das „Reichsarbeitsblatt“ teilt nun einige wichtige Ergebnisse aus den Erhebungen in der Baumwollindustrie mit. Wir geben nachstehend das Interessanteste wieder, um unsern Mitgliedern einen kleinen Einblick in die Verhältnisse amerikanischer Textilarbeiter zu gewähren.

Die Baumwollindustrie ist eine der bedeutendsten Industrien in den Vereinigten Staaten. Die Zahl der in Tätigkeit befindlichen Spindeln wuchs zwischen 1880 und 1908 in den Vereinigten Staaten von 10,7 auf etwa 28 Millionen, und zwar in den Neu-England-Staaten von 8,6 Millionen im Jahre 1880 auf 15,5 Millionen im Jahre 1908 und in den Südstaaten von etwas mehr als 1/2 Million auf 10,4 Millionen Spindeln. Der Hauptteil der Industrie ist in diesen beiden Teilen des Landes. Sie beschäftigt auch einen großen

#### Prozentsatz der gewerblich tätigen Frauen und Kinder.

Im Jahre 1905 waren in den Vereinigten Staaten in gewerblichen Betrieben 1065884 Frauen erwerbstätig. Von diesen entfielen 128163 oder etwa 1/8 auf die Baumwollindustrie. Darum sind auch die in diesem Industriezweig gemachten Erhebungen von besonderer Bedeutung.

Die Erhebung beschränkte sich auf Stichproben und erstreckte sich auf 198 Fabriken in 10 Staaten, und zwar 46 in Maine, New Hampshire, Massachusetts und Rhode Island, und 152 in Virginia, Nord- und Süd-Carolina, Georgia, Alabama und Mississippi. Von 81335 Arbeitern, welche 6105707 Spindeln bedienen, waren 42612 Männer, 27347 Frauen und 11376 Kinder unter 16 Jahre alt. Das Verhältnis in jedem der beiden Landesteile wird durch folgende Uebersicht gezeigt:

	Zahl der Spindeln	Zahl der Beschäftigten	von Hundert Männern	Frauen	Kinder
Neu-Engl.-Staaten	1696632	18001	53,4	43,2	3,4
Südstaaten	1127720	14421	53,9	23,2	22,9

Von allen weiblichen Personen, welche in den beschäftigten Fabriken beschäftigt sind, waren in den Neu-England-Staaten 5,9 v. H., dagegen in den Südstaaten 26 v. H. unter 16 Jahre alt. Von den letzteren waren wenigstens 2 v. H. Kleine Mädchen unter 12 Jahren. 36,6 v. H. von den in den Nordstaaten beschäftigten Arbeiterinnen waren unter 21 Jahren, eine geringe Zahl im Vergleich zu 60,8 v. H. in derselben Altersgruppe im Süden.

Von 1015 Frauen im Alter von 16 Jahren und darüber begannen in den Neu-England-Staaten mehr als 60 v. H. die Fabrikarbeit vor dem 15. Lebensjahre und 24,1 v. H. vor dem 14. Lebensjahre. Von 1184 Frauen in demselben Alter begannen in den in den Südstaaten gelegenen Fabriken 11 v. H. ihre Fabrikarbeit mit 14 Jahren, während 60 v. H. schon in einem früheren Alter in die Fabrik eintraten.

#### Arbeitszeit.

In der Baumwollindustrie hat man die Arbeitszeit wegen der starken Beschäftigung von Frauen und Kindern am frühesten geistlich einzuschränken begonnen. Die gesetzmäßig höchste Zahl von Arbeitsstunden in der Woche beträgt in Maine 58 für Frauen und für Kinder unter 16 Jahren, in New Hampshire 58 für Frauen und für Kinder unter 18 Jahren, in Massachusetts und Rhode Island 56 Stunden für Frauen und für Kinder unter 16 Jahren. Im Mai 1911 ist in Massachusetts ein Gesetz angenommen worden, welches die wöchentliche Arbeitszeit auf 54 Stunden verringert. Die gesetzmäßig höchste Arbeitszeit war 60 Stunden in Virginia für alle Frauen und für alle Kinder unter 14 Jahren, ebenso in Süd Carolina für alle Personen mit Ausnahme der Maschinenisten und in Alabama für alle Kinder unter 14 Jahren; 66 Stunden in Nord Carolina für alle Personen unter 18 Jahren mit Ausnahme der Maschinenisten und in Georgia für alle Personen unter 21 Jahren mit Ausnahme der Maschinenisten usw., 58 Stunden in Mississippi für Kinder unter 16 Jahren nach dem 1. Oktober 1908.

In Nord-Carolina wurde in 20 Fabriken mit 3533 Angestellten und in Georgia in 16 Fabriken mit 4546 Angestellten 66 Stunden in der Woche gearbeitet. Die längste regelmäßige Arbeitszeit betrug 68,3 Stunden im Staate Mississippi. Die Arbeitszeit schwankt natürlich sehr bei den verschiedenen Beschäftigungsarten. Die höchste durchschnittliche Arbeitszeit entfiel in den Neu-England-Staaten mit Ausnahme von Massachusetts auf die Spularbeiten, welche von Mädchen unter 16 Jahren ausgeführt werden. In den Neu-England-Staaten beträgt die Mittagspause gewöhnlich eine Stunde. Zumeist essen die Arbeiter in der Fabrik, entweder, weil sie zu weit vom Arbeitsplatz entfernt wohnen, um nach Hause zu gehen, oder weil sie vorziehen, in der Fabrik zu bleiben, um ausruhen zu können. Einige benutzen die Zeit auch, um ihre Maschine zu reinigen. In den Fabriken der Südstaaten ist die Mittagspause kürzer, etwa von 30 Minuten bis zu einer Stunde. Die Wohnung der Beschäftigten ist im allgemeinen nahe bei den Fabriken, so daß sie zum Essen nach Hause gehen. Die in der Nacht beschäftigten Arbeiter essen während der Arbeit. In den sechs Fabriken, welche nur 15-20 Minuten zum Einnehmen der Mahlzeiten gewähren, werden sogar die Maschinen nicht angehalten.

#### Arbeitslöhne.

Als Grundlage für die nachstehend wiedergegebene Darstellung der Löhne der Arbeiter dienen die Lohnlisten aus 44 Spinnereien in 4 Neu-England-Staaten und aus 152 Spinnereien in 6 der Südstaaten über die

während einer voll beschäftigten Woche, in der alle Maschinen liefen und die gewöhnliche Arbeiterzahl in den fraglichen Fabriken tätig war, gezahlten Löhne.

In den Neu-England-Staaten verdient die größte Zahl der männlichen Arbeiter (867) zwischen 5,- und 5,99 Dollar \*) (21,- bis 25,16 M.) wöchentlich bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 50,8 Stunden, ferner 863 Arbeiter bei durchschnittlich 52,1 Stunden Arbeitszeit 6,- bis 6,99 Doll. (25,20 bis 29,36 M.). Die größte Zahl (2238) der Frauen verdienen 6,- bis 6,99 Doll. (25,20 bis 29,36 M.) bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 53,6 Stunden und ferner 2118 Frauen ebenfalls 5,- bis 5,99 Doll. bei 48,8 Stunden Arbeitszeit.

In den südlichen Staaten verdient die größte Zahl der Männer (2257) 3,- bis 3,99 Doll. (12,60 bis 16,76 M.) bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 51 Stunden; alsdann 2211: 4,- bis 4,99 Doll. bei 54,4 stündiger Arbeitszeit. Die größte Zahl der Frauen (3085) verdienen 4,00 bis 4,99 Doll. (16,80 bis 20,96 M.) bei durchschnittlich 54,3 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit; alsdann 2766 Frauen: 3,- bis 3,99 Doll. bei 49,8 stündiger Arbeitszeit.

In den Neu-England-Staaten verdienen 3 v. H. der Frauen weniger als 2,- Doll. in einer Woche, 25,7 v. H. weniger als 5,- Doll. und 40,2 v. H. weniger als 6,- Dollar, 43,3 v. H. der Arbeiterinnen verdienen zwischen 5,- und 8,- Dollar, nur 12,9 v. H. der Gesamtzahl verdienen 10,- Doll. und darüber. Von den Männern verdienen 33,8 v. H. zwischen 5,- und 8,- Doll., während 25,4 v. H. 10,- Doll. und mehr verdienen. In Neu-England sind ferner von den männlichen Arbeitern 10,5 v. H. und von den weiblichen 5,8 v. H. unter 16 Jahre alt. 31,1 v. H. dieser Knaben verdienen weniger als 4,- Doll. in der Woche und 77 v. H. weniger als 6,- Doll. Die entsprechenden Zahlen für die Mädchen unter 16 Jahren sind 38,5 bzw. 77,1.

In den südlichen Staaten verdienen 11,9 v. H. der Frauen weniger als 2,- Doll. in einer Woche, 39,7 v. H. weniger als 4,- und 73,9 v. H. weniger als 6,- Doll. Von allen weiblichen Arbeitern verdienen 50,4 v. H. zwischen 3,- und 6,- Doll., während nur 1,4 v. H. mehr als 10,- Doll. verdienen. 42,1 v. H. der Männer verdienen zwischen 3,- und 6,- Doll., während 6,5 v. H. 10,- Doll. und mehr verdienen. 34,2 v. H. der in den Südstaaten beschäftigten männlichen Personen und 25,9 v. H. der Arbeiterinnen waren unter 16 Jahre alt. 60 v. H. dieser Knaben verdienen weniger als 4,- Doll., 94,8 v. H. weniger als 6,- Doll. in der Woche. Von den Mädchen verdienen dagegen 60,4 v. H. weniger als 4,- Doll. und 90,9 v. H. weniger als 6,- Doll. wöchentlich.

In 40 von den 46 in den Neu-England-Staaten und in 100 von den 152 in den Südstaaten besichtigten Betrieben werden Geldstrafen verhängt für schlechte Arbeit, Materialschaden, Verzögerungen oder Zuwiderhandlungen gegen die Fabrikordnung. In den Südstaaten werden Abzüge von den Löhnen für Mißete, Hauszins, Auslagen für Waren und für den Arzt gemacht.

Prämien für besonders gute Leistungen wurden in 3 von den 46 Fabriken der Neu-England-Staaten und in 60 der 152 im Süden gelegenen Spinnereien gemährt.

In den Neu-England-Staaten wird zumeist (77,3 v. H.) wöchentlich entlohnt. Der Rest entfällt auf zweiwöchentliche oder halbmonatliche Lohnzahlung. In den Südstaaten dagegen werden nur 32,4 v. H. der Arbeiter wöchentlich bezahlt; 66,9 v. H. werden alle zwei Wochen oder halbmonatlich entlohnt, die übrigen erhalten nur einmal im Monat ihren Lohn ausgezahlt. Diese seltene Zahlung hat oft zur Folge, daß die Arbeiter bei der Fabrikleitung stark in Schulden geraten, daher sehr abhängig von dieser werden.

#### Sonstige Arbeitsbedingungen.

Was die sonstigen Arbeitsbedingungen angeht, so befinden sich die heutigen Baumwollfabriken in großen Steinbauten mit hohen Fenstern, elektrischer Beleuchtung und modernen Einrichtungen jeder Art. Der Baumwollwolle wegen müssen die Spinner und Weber in heißen, feuchten Räumen arbeiten; die Frage, wie diese am besten zu lösen sind, ist von den Arbeitgebern und vom Staate immer noch nicht zur Zufriedenheit gelöst. Die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose unter den Baumwollarbeitern ist daher immer noch sehr bedeutend. Staub ist vor allem in den Fuß- und Krempelräumen vorhanden. Mit verhältnismäßig geringen Kosten kann aber der Staub durch fortwährendes Reinigen und Fegen beseitigt werden. Für die Feuericherheit sind in den Neu-England-Staaten Feuerleitern vorhanden, obgleich New Hampshire dies durch Gesetz nicht fordert. In den Südstaaten wird nur in Virginia auf diese Sicherheitsmaßregel Wert gelegt. Die Arbeiter in der Baumwollindustrie bedienen mehrere Maschinen; die meisten der Maschinen sind groß, und sie nehmen soviel Platz in Anspruch, daß eine Ueberfüllung der Arbeitsräume, wie in anderen Industrien, nicht möglich ist. In einigen Spinnereien jedoch sind die Maschinen zu dicht aneinander gestellt, so daß die Durchgänge zwischen den Maschinen sehr schmal sind. In keinem Staate sind Umkleide- und Waschräume in den Spinnereien vorgeschrieben, und sie wurden auch nur in 8 von den 198 Betrieben gefunden. Massachusetts ist der einzige Staat, in welchem getrennte Abortanlagen für beide Geschlechter in den Spinnereien verlangt werden. Obgleich eine große Zahl von Arbeitern in Neu-England nicht zum Essen nach Hause geht, war nur in einem Betriebe, in Massachusetts nämlich, der Gebrauch von besonderen Speisräumen für Frauen und Kinder vorgelesen. Zwei Fabriken in Nord-Carolina hatten ähnliche Einrichtungen.

Aus diesen Ausführungen ist schon zu entnehmen, daß auch in den Vereinigten Staaten die Lage der Textilarbeiter noch viel zu wünschen übrig läßt. Gewerkschaftlich organisiert ist nur ein Bruchteil von ihnen,

\*) 1 Dollar = 4,20 M.

vorwiegend die höher entlohten männlichen Arbeiter. Unter den Arbeiterinnen hat der Gewerkschaftsgebanke mannigfacher Schwierigkeiten wegen bisher nur wenig Anhang gefunden.

### Unsere Kolleginnen in den konfessionellen Vereinen.

(Siehe die Artikel: Die Statistik der Kolleginnen.)

In der Zugehörigkeit unserer Kolleginnen zu den konfessionellen Vereinen bietet der Bezirk Krefeld das beste Ergebnis; dort sind 1121 Arbeiterinnen gewerkschaftlich und konfessionell, und zwar wohl in der Hauptsache in den Jungfrauenvereinen, organisiert. Kein anderer Bezirk erreicht diese hohe Zahl. An zweiter Stelle steht M.-Glabbach mit 863 in konfessionellen Vereinen befindlichen Kolleginnen. Etwa um 300 weniger, das sind 560 Vereinsmitglieder weist Münster i. W. auf; dicht reißt sich, mit der Zahl 537, der Bezirk Hocholl-Stronau an. Wieder mit einem größeren Abstand zeigt sich Aachen mit 390 und Baden mit 352 Kolleginnen in den Vereinen. Dann erst folgt Bayern mit 208, Darmen mit 170, Hannover mit 136 und Schlefien mit 107 in konfessionellen Vereinen befindlichen Gewerkschaftlerinnen. Sachsen-Erhingen und Mülhausen in Elsaß halten sich mit 98 beziehungsweise 97 Vereinsmitgliedern sozusagen die Waage; Bamberg-Fulda, Württemberg und Straßburg i. E. haben die bescheidenen Zahlen von 25, 24 und 20 aufzuweisen. Gewiß, herzlich wenig für einen ganzen Bezirk, und doch ist das Verhältnis nicht nur bei diesen drei letzten Bezirken ein ungünstiges. Wenn man die Zahl der vorhandenen Vereinsmitglieder in die Zahl der vorhandenen Vereine jeden Bezirks, (Arbeiterinnen- und Jungfrauenvereine) teilt, so kann das Resultat noch weniger allgemein befriedigen. Es wird gut sein, wenn die Kolleginnen an Hand der Statistik einmal eine kleine Berechnung aufstellen, wie viele der Verbandsmitglieder auf die in ihrem Bezirk vorhandenen konfessionellen Vereine treffen.

Auch ein anderer Vergleich ist lehrreich; wenn wir die Gesamtzahl der Verbandskolleginnen in den Bezirken und die Zahl der in konfessionellen Vereinen befindlichen Kolleginnen gegenüber stellen, so zeigt sich, daß teilweise große Unterschiede bestehen.

In Krefeld und M.-Glabbach sind je mehr als die Hälfte der Verbandskolleginnen in den Vereinen; in allen anderen Bezirken ist der Abstand größer, teils sogar beträchtlich. Die Gesamtübersicht sagt uns, daß ungefähr der dritte Teil unserer Kolleginnen den konfessionellen Vereinen mit angehört. Die ermittelten 4708 Vereinsmitglieder auf die angegebenen 337 Vereine verteilt, ergibt eine Durchschnittsziffer von 14 Mitgliedern. Wer von unseren Kolleginnen hilft mit, daß dieser Durchschnitt höher wird?

Wenn wir so diese interessanten Ergebnisse nach allen Seiten geprüft haben, so sind uns die vier getrennten Angaben über das Verhältnis der Vereine zu unserer christlichen Gewerkschaft verständlich. Bemerkenswert sei, daß aus Orten mit mehreren Vereinen meistens nur eine Bezeichnung angegeben war, einige Mal fehlte diese Angabe auch ganz; daraus erklären sich die Unterschiede mit den Angaben über die Vereinszahl. Mühen sich auch hier die Kolleginnen in den Bezirken mal bemühen, ihr Interessengebiet gut kennen zu lernen.

Serodazu glänzend sieht, um nur einen Bezirk zu erwähnen, in dieser Hinsicht Baden da; es ist gewiß kein Zufall, wenn dort 10 Vereine ein gutes Verhältnis zu der Gewerkschaft haben. Von den 67 Vereinen, die in gutem oder leidlichem Verhältnis zu uns stehen, darf man wohl den größten Prozentsatz als Arbeiterinnenvereine nehmen; denn es waren ganz selten solche mit dem Prädikat „unbestimmt oder schlecht“ bedacht. Wenn diese letzteren Bezeichnungen des Verhältnisses in der Mehrzahl von den Jungfrauenvereinen mitgeteilt wurden, dann hat es wohl in den 105 angegebenen Fällen seine Gründe. Diese liegen teils in der Zwecksetzung der katholischen wie evangelischen Jungfrauenvereine, teils aber, und das dürfen wir uns nicht verhehlen, wohl auch darin, weil unsere Kolleginnen noch nicht überall zahlreich genug in diesen Vereinen vertreten sind. Dort, wo das Verhältnis zwischen Jungfrauenvereinen und christlichen Gewerkschaften gut ist, da waren es sicher die in den ersteren befindlichen Kolleginnen, welche es herbeiführen halfen. Es ist notwendig und nützlich, daß wir Kolleginnen womöglich überall in der rechten Weise für ein gutes Verhältnis sorgen.

Wo dieses vorhanden ist, kommt es auch zum Ausdruck dadurch, daß gemeinsame Versammlungen von konfessionellen Vereinen und Gewerkschaften abgehalten wurden. Diese Versammlungen lassen sich natürlich nur selten bewerkstelligen. Schon allein darum ist es anerkennenswert, wenn im ganzen 44 gemeinsame Versammlungen abgehalten wurden.

Damit ist die Besprechung unserer „Statistik der Kolleginnen“ erschöpft. Zum Schluß wollen wir nicht versäumen, allen Kolleginnen und Kollegen, welche sich mit der Beantwortung der Rundfragen bemüht haben, ein herzlich Dankeswort auszusprechen. Es hat sich gezeigt, daß sie alle, namentlich aber die Kolleginnen, sehr wohl befähigt sind, über die verschiedensten Fragen Aufschluß zu geben. Alle Fragebogen sind auf der Zentrale wohl verwahrt; jedenfalls sind die Adressen der Kolleginnen nicht umsonst darauf verzeichnet, denn wir werden etwaige Rundfragen später wieder von den Kolleginnen ausfüllen lassen.

Was uns das vorliegende Resultat und überhaupt alle statistischen Angaben des Geschäftsberichtes kund tun, das gibt viel zu denken. Besser ist es jedoch, wenn wir handeln! Kolleginnen, wenn es gilt, unseren Zentralverband christlicher Textilarbeiter zu stärken, soll und darf uns keine Mühe zu groß sein!

### Allgemeine Rundschau.

Noch eine Stimme zum Dresdener Kongress. In den vom Herrn Konsulenten Mumm geleiteten „Kirchlich-sozialen Blättern“ heißt es in einem lebenswerten Aufsatz über den Dresdener Kongress der christlichen Gewerkschaften u. a.:

Wenn man mich fragt, was war die Bedeutung des Dresdener Gewerkschaftskongresses, so sage ich: er hat die Bahn frei gemacht, und die Lösung heißt hier: Wollt den Dampf voraus! Es handelt sich für die breite Öffentlichkeit nicht um die Einzelheiten. So wichtig für die Bewegung selbst Auseinandersetzung über die Bedeutung der Kartelle oder der Staatsarbeiterbewegung in ihrer Eigenart ist, so wirkt doch nach außen etwas anderes. Nach außen wirkt die Geschlossenheit, die auf dem Kongress wieder und wieder in Erscheinung trat, und die, wie gelegentlich die Geldentwertung abweichender Uebersetzungen zeigt, nicht aus der Angst geboren ist. Nach außen wirkte vor allem die Geschlossenheit in der Frage der konfessionellen Scheidung.

Die meisten Leser der „Kirchlich-sozialen Blätter“ haben ein inneres Gefühl dafür, daß es einen berechtigten konfessionellen Gedanken gibt. Eine Kirche ruht auf der Konfession, d. h. auf dem Bekenntnis, und wo keine Einheit in den Grundfragen des Bekenntnisses ist, ist keine Kirche mehr. Die meisten Leser werden auch mit dem Schreiber dieser Zeilen freudig für eine konfessionelle Schule eintreten und werden ihre großen Bedenken gegen jede Mischehe haben, aber gerade wer für Kirche, Schule und Familie die Bedeutung der konfessionellen Ordnung anerkennt und wertet, auch weiß, welche Bedeutung heute konfessionelle Vereine haben, um Gesinnungspflege zu üben, wird der schrankenlosen Geldentwertung des konfessionellen Prinzips entgegengetreten, wie wir es bei einer kleinen Richtung des deutschen Katholizismus heute beobachten. Die Meinung, die Arbeiter und gerade nur die Arbeiter, müßten von interkonfessioneller Organisation auch bei der Interessenfrage ferngehalten werden, bedeutet eine Ueberspannung des konfessionellen Prinzips, bei dem leicht der berechtigt konfessionelle Gedanke unheilbaren Schaden erleiden kann.

Denn wir leben in einem interkonfessionellen Staate, ja, es gibt keine Großmacht der Erde, die ähnlich konfessionell gespalten wäre, wie die unsere, und die stete Binnenwanderung veranlaßt immer stärker die einzelnen Teile des Volkes, sich zu mischen, so daß überall in unserm Vaterland die konfessionellen Minderheiten wachsen.

Wir haben uns damit abzufinden, besonders in einer Zeit, da die Sozialdemokratie in keinem Lande der Erde nur annähernd solche Verbreitung gefunden hat, wie in unserm Vaterlande. Evangelisch und katholisch gewerkschaftlich scheiden heißt, wie schon der heimgegangene Konfessionsrat Professor Dr. Gremer-Greifswald sagte, dem Feinde das Heft in die Hand geben.

Nacheinander sprachen in Dresden Graf Bischoff von Gshardt, der langjährige Führer der Inneren Mission, der Bischof von Dresden und der Vertreter des evangelischen Oberkonfessionsrats, Freiherr von Welf. Das war ein Zeugnis ebenso wie die Ansprache der Vertreter aller deutschen politischen Parteien mit Ausnahme von Sozialdemokratie und Freisinn. Wie will man nun dem schlichtesten katholischen Arbeiter nur vorreden, es sei feindselig, bei den christlichen Gewerkschaften zu sein? Die Gegenwart des Bischofs spricht berechtigt. Wie will man uns auf evangelischem Boden mit dem „Lutherjorn“ von Hofes „Volkszeitung“ noch vorgeiern, wir verrieten die evangelische Kirche, wenn eine Stimme nach der anderen aus der offiziellen Kirche wie aus dem Evangelischen Bunde sich entschieden für die christlichen Gewerkschaften ausspricht!

Die Verantwortung des älteren Arbeiters im Verkehr mit dem Jugendlichen wird in einem vorzüglichen Aufsatz über das wirtschaftliche Jugendproblem in der Münchener Monatschrift für christliche Jugenderziehung „Unsere Jugend“, (Nr. 10/11 1912) in folgenden, einbringlichen Worten dargestellt. „Das wirtschaftliche Jugendproblem ist namentlich in Deutschland, wo es so sehr auf eine auch qualitativ tüchtige Arbeiterkraft ankommt, zu einem sehr großen Teile ein Problem der Erziehungsfähigkeit und Bereitwilligkeit der älteren Arbeiter. Von ihrer Stellungnahme hängt es zu einem sehr großen Teile ab, ob das Jugendproblem insgesamt in günstiger oder ungünstiger Weise gelöst wird. Man möge doch niemals übersehen, daß der Mittelpunkt des Arbeiterlebens, auch des Lebens der jugendlichen Arbeiter, die Werkstatt ist. Die Einflüsse, die sich hier geltend machen, wirken auf das Gesamtleben in der nachschärfsten Weise ein. Dem zuguterletzt hängt doch von der Sekundierung der materiellen Wohlfahrt auch ein gut Teil der Gestaltung des sittlichen und geistigen Lebens des Menschen ab. Seele und Leib sind eins, und wo es an der natürlichen Gesundheit fehlt, läßt durchweg auch die moralische Gesundheit zu wünschen übrig.“

Damit ergibt sich als Schlussfolgerung die ungeheure Verantwortung, welche dem älteren Arbeiter im Verkehr mit der Jugend obliegt; zugleich aber auch die so überaus große Wichtigkeit, welche den Organisationen der Arbeiter als dem Mittelpunkt des materiellen und geistigen Strebens der Arbeitererschaft zukommt. Das jugendliche Gemüt ist wie Wachs, in dem alle Eindrücke haften bleiben. Sind sie guter Natur, so wird auch ihr Einfluß auf das Gesamtleben des Jugendlichen günstig sein. Damit ist gesagt, daß es im letzten Grunde weniger auf das „Predigen“ ankommt, als auf das persönliche gute Beispiel, welches der seiner Verantwortung bewusste ältere Arbeiter dem jüngeren gibt. Allerdings ist damit nicht gesagt, daß nicht auch guter Rat erforderlich wäre. Dieser muß aber mit weiser Maßhaltung erteilt

werden.“ Es kann die Würde der Autorität nur steigern, wenn die führende Persönlichkeit nicht den Detektiv für alle Kleinigkeiten und alle Alltäglichkeiten zu spielen braucht.“ (Förster.) Auch hier gilt das Wort: „Willst du was gelten, so mach dich selten.“ Also Predigen, weniger — Hauptsache ist das persönliche Beispiel. Der Jugend wird die christliche Arbeiterorganisation genau in dem Maße erscheinen, in welchem das Beispiel der christlichen Arbeiter sie erscheinen läßt. In dem Maße, in dem deren Tun und Lassen die große christliche Sache und insbesondere die Arbeiterfrage respektiert, in demselben Maße müssen auch die Jugendlichen sie respektieren. Andererseits kann die christliche Arbeitererschaft, indem sie sich der jugendlichen Arbeiter annimmt und sonach mit der Jugend sich selbst erzieht, auch der eigenen Sache in bester Weise dienen. Wie soll das geschehen? Machen wir uns selbst zu einem Mittelpunkt eifriger Mitarbeit an unserer Sache! Dazu gehört die Kunst, Seelen zu behandeln, die Kunst, sich in die anderen hinein zu versetzen, die psychologischen Bedingungen ihrer Lebens- und Schaffensfreudigkeit zu erkennen, ihr Ehrgefühl zu schonen.“ (Förster.) — Das geschieht nicht mit „Drohreden“ und „Furchtreden“, auch nicht mit unangebrachten Schelten und Flüchen, allerdings auch nicht mit übertriebener Empfindsamkeit, die den Charakter schwächt. Dazu gehört sonach nicht nur die Antwort auf die Frage: Wie werde ich energischer? sondern mehr noch die Antwort auf die Frage: Wie mache ich die anderen energischer? Wie werde ich zum Mittelpunkt sozialer Organisation und Konzentration der Kräfte, statt zu einem Mittelpunkt trüger, arbeitsscheuer, schüchtyger Auslösung? Wer an der sozialen Kultur mitarbeiten will, darf sich nicht wie ein launischer Knabe auführen, der bei jeder Gelegenheit sagt: ich spiele nicht mehr mit! Man muß ein Beispiel geben, auch widerwärtige Umstände — sagen wir z. B.: die Niederlage bei einer sozialen Wahl; den Rückgang einer gewerkschaftlichen Zahlstelle; das Mißgeschick eines Vorstehenden usw. — zu ertragen und um Ordnung des Ganzen willen die persönliche Empfindlichkeit zu unterdrücken. Der Geist der Einordnung fordert große Selbstüberwindung, die aber ihren schönsten Lohn darin findet, daß sie ein Beispiel gibt, welches mitreißt.“

Mehr Arbeiterinnenvereine! Die Forderung haben wir in der „Textilarbeiter-Zeitung“ wiederholt erhoben. Nun finden wir sie in einem Teile der bürgerlichen Presse, wo für die kath. Arbeiterinnen eine bessere Ständesorganisation gefordert wird. Die Arbeiterinnenvereine hätten die dringende Aufgabe, Ständebewußtsein unter den Arbeiterinnen zu wecken, sie hauswirtschaftlich zu erziehen, sozialpolitisch zu bilden, sie zum Nachdenken und Vorwärtstreben zu veranlassen.

Zu diesem Geiste sind die Arbeiterinnen zu erziehen. Sie werden dann die Arbeiterbewegung nicht allein vom Standpunkte des Arbeitsvertrags aus erfassen, der für sie nach ein paar Jahren in Wegfall kommt, sondern vom Standpunkte der kulturellen Bewegung einer ganzen Menschheitsklasse. Daneben sei auf die Gefahren der sozialistischen Agitation unter den Arbeiterinnen hingewiesen. Wenn wir sagen: daneben, so soll damit nicht angedeutet sein, daß wir sie etwa unterdrücken. Man könnte entgegenhalten, die katholischen Arbeiterinnen, zumal im Westen, sind davon nur zu einem geringen Bruchteil ergriffen; halten wir die uns verbleibenden durch die religiösen Einwirkungen der Kongregationen, so braucht es keiner weiteren Maßnahmen. Es ist sehr zweifelhaft, ob diese rein religiöse Erfassung genügt, besonders dann, wenn das junge Mädchen aus irgendeinem Grunde die Fremde aufsucht. Aber was wichtiger bleibt diese Gattin und Mutter der künftigen Arbeiterfamilie völlig außerhalb der Ständebewegung der Arbeiter, wirkt sie nicht in dieser Familie im Sinne dieser Bewegung, dann wird ihr Einfluß auf das Familienleben ausgeschaltet. Dann wirken die Einflüsse von außen her, der Verkehr ihrer Kinder mit anders Gesinnten, die nicht christlichen Organisationen und Vereine dermaßen stark auf die Jugend ein, daß sie dann aber immer mehr in die Empfindung hineinwächst, es müßten, je mehr der Eintritt ins Leben sich vollzieht, um so stärker die Interessen von Glauben und Religion gegenüber andern zurücktreten.

Wie können nun die Interessen der Arbeiterinnen durch Ständesorganisationen erfüllt werden? Folgende Vorschläge dürfen da zu beachten sein:

1. Die Errichtung wenigstens eines Arbeiterinnenvereins in Städten mit einer großen Anzahl von Arbeiterinnen. Der Verein würde der Träger der Ständebewegung der Arbeiterinnen sein, zugleich eine gemeinsame Zentrale darstellen der für die Arbeiterinnen notwendigen sozialen Einrichtungen (Hospize, Unterstützungsstellen usw.)

2. Die Einrichtung weltlicher sozialer Veranstaltungen für die im Erwerbsleben stehenden Mädchen durch die Kongregationen. Je mehr die Arbeiterinnen überwiegen, um so mehr sind deren Interessen zu berücksichtigen.

3. Solche weltlichen sozialen Veranstaltungen wären: Vorträge im Rahmen der oben gekennzeichneten Aufgaben, also hauswirtschaftliche und erzieherische Vorträge mit Berücksichtigung der Verhältnisse einer Arbeiterfamilie, soziale Vorträge über die Ständebestrebungen der christlichen Arbeiterbewegung. Der Entwurf von Winterprogrammen nach dem Vorbild der Arbeitervereine durch die Diözesanleitung wäre zu empfehlen.

4. Die Arbeiterinnenvereine und auch die Kongregationen, so weit sie weltliche soziale Veranstaltungen für die Erwerbstätigen einrichten, schließen sich zu einem Bezirksverbande zusammen. Die Bezirksverbände übernehmen den Ausbau der weltlichen Einrichtungen, veranstalten z. B. Kurse der Leiterinnen der hauswirtschaftlichen Kurse, errichten Wohnungsvermittlungstellen, regeln das Verhältnis zu den übrigen weltlichen Vereinen, z. B. zu den Vereinen für körperliche Übungen (Turnvereine usw.)

Darum mehr Beachtung der Arbeiterinnenstandesbewegung! Ihre Organisation und Förderung ist eine der wichtigsten sozialen Aufgaben der nächsten Zukunft.

Ein schlechter Rechenmeister. Ein am 30. Oktober in der sozialdemokratischen Düsseldorf Volkszeitung erschienener Bericht, betitelt: „Die Mitgliederbewegung im christlichen Textilarbeiterverband (Bezirk M.-Glabach)“ hat auch den Weg nach Berlin gefunden. Unter dem 8. November wird er im „Textil-Arbeiter“ gebracht. Der Bericht soll anscheinend als ein Beruhigungsmittel wirken, um den eigenen Mitgliederchwund zu verdecken und die Mitglieder auf andere Gedanken zu bringen.

Durch Zahlenmanipulationen will der Verfasser des Artikels nachweisen, daß der christliche Textilarbeiterverband im M.-Glabacher Bezirk zurückgegangen sei. Hierbei wird ganz raffiniert mit den Zahlen operiert. Im 3. und 4. Quartal 1910 hatte der Verband durch eine intensive Fabrik- und Hausagitation im ganzen 1880 neue Mitglieder im hiesigen Bezirk gewonnen. In einer Zeit von 1 1/2 Jahren sind nun nach und nach wieder 509 Mitglieder ausgetreten; dieses soll jetzt nach sozialdemokratischer Ansicht dastun, daß der christliche Verband an Zugkraft verloren habe. Dies wird am besten in den Zahlen widerlegt.

Am 1. Oktober 1910 zählte der hiesige Bezirk 4688, dagegen am 1. Juli 1912 6059 Mitglieder. Mit hin mehr 1371, was 29% ausmacht, mit anderen Worten, der christliche Textilarbeiterverband hat trotz der Austritte noch um mehr Mitglieder zugenommen, wie der sozialdemokratische Textilarbeiterverband im ganzen Bezirke aufzuweisen hat.

Auch hat es der Berichtschreiber ausgezeichnet verstanden, ungünstige Umstände, die einen Mitgliederchwund begründen, zu verschweigen. Als solche kommen in Frage, daß 1. neugewonnene Mitglieder prozentual häufig wieder austreten, 2. die schlechte Geschäftslage ungünstig auf die Agitation einwirkte, und 3. in einer großen Zahl von Ortsgruppen Lokalbeiträge eingeführt wurden. Alle diese Ursachen wirken nicht fördernd auf die Mitgliederbewegung ein. Unser Glabacher Bezirk hat also unter Berücksichtigung all dieser Umstände sogar glänzend abgeschrieben.

Des ferneren wird behauptet, der Verband habe im 2. Quartal 1912 „im Bezirk M.-Glabach für Rechtsschutz, Maßregelung und Streikunterstützung keinen roten Pfennig auszugeben“. Träfe dieses zu, so hätte die Verbandskasse 8432,81 Mark weniger Ausgaben gehabt. Es zeigt sich also, daß der Berichtschreiber wenig ehrlich ist, oder schlecht unterrichtet war, sonst hätte er sich des Streiks resp. der Aussperrung in Rheidt erinnern müssen. Denn der große und „mächtige“ deutsche Textilarbeiterverband hat dort doch keine christlich Organisierten unterstützt. Wohl ist seinerzeit dort ein entgegengesetztes Ansinnen ausgesprochen worden.

Man sei aber die Frage erlaubt: Wie sieht es im gegnerischen, dem sozialdemokratischen deutschen Textilarbeiterverbände aus? Weil über den christlichen Verband von einer dem sozialdemokratischen Verbände vermutlich nahestehenden Seite ein so abfälliger Bericht gebracht wurde, sollte man annehmen, der sozialdemokratische Verband sei in dem hiesigen Bezirke in hoher Blüte. Aber nichts weniger als das ist zu verzeichnen. Derselbe hatte Ende 1910 laut Geschäftsbericht 1136 Mitglieder. Ende 1911 aber nur noch 1000 Mitglieder. Mit hin verlor er im Gebiete des Glabacher-Rheidter Industriebezirkes, welcher den hiesigen Bezirk zum allergrößten Teile bildet, 136, oder annähernd 12 Prozent seiner Mitglieder. In derselben Zeit hatte der christliche Verband eine Zunahme von 268 Mitgliedern oder von über 4,5 Prozent zu verzeichnen.

Christliche Gewerkschaften und Konsumvereine. Zu der in der vorigen Nummer dieser Zeitung abgedruckten Erklärung des Vorstandes- und Verwaltungsrats der kath. Kaufm. Vereine in Sachen der Konsumvereine bemerkt die letzte Nummer des „Zentralblattes“ u. a.:

... es ist auch die in der ... Erklärung enthaltene Schlussfolgerung vollständig falsch, christliche Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften schließen sich einander grundsätzlich aus. Nein, das Gegenteil dieser Behauptung ist Wahrheit. Die christlichen Gewerkschaften treten nicht deshalb für den Konsumvereinsgedanken ein, weil sie darin ein Ideal erblicken oder weil sie Freude daran hätten, einem anderen Stand Existenzschwierigkeiten zu bereiten, sondern weil sie die genossenschaftliche Selbsthilfe als Ergänzung der Gewerkschaftsarbeit für zweckmäßig und notwendig halten. Was nutzt dem Arbeiterstand eine Erhöhung des Einkommens, wenn die Kaufkraft des Geldes durch andauernde Preissteigerungen um einen vielfach höheren Prozentsatz heruntergedrückt wird. Die Kaufkraft des Arbeiterlohns zu heben, also die gewerkschaftlichen Erwerbseigenschaften zu sichern, das ist die Aufgabe, die den Konsumvereinen von den christlichen Gewerkschaften zugewiesen wird. Ob sie diese Aufgabe zu lösen imstande sind, darüber können prinzipielle Gegner der Konsumvereine kein für uns maßgebendes Urteil fällen. In solchen Zeiten der Zerrung wie in den jetzigen, wo sich Regierungen und Gemeinden zum Eingreifen gezwungen sehen, wo feststeht, daß die Kurve der Lohnsteigerung mit der Kurve der Preissteigerung in den letzten Jahren nicht gleichen Schritt gehalten, da wird die arbeitende Bevölkerung mit besonderem Nachdruck auf die konsumgenossenschaftliche Selbsthilfe hingewiesen. Die wirtschaftliche Entwicklung, die für manche Erwerbsgruppen schädlich und hart sein mag, zeigt nun einmal diesen Weg, und würde auch nicht aufzuhalten sein, wenn die christlichen Gewerkschaften kurzfristig und weltfremd genug wären, sich ihr entgegenzustellen.

Mit extremen Vertretern des kaufmännischen Mittelstandes, die augenscheinlich auch bei der vorliegenden Erklärung bestimmend mitgewirkt haben, ist eine sachliche Auseinandersetzung und Verständigung über solche Fragen leider nicht möglich. Längere Diskussionen mit solchen Kritikern

halten wir deshalb für zwecklos. Die vorstehenden Ausführungen waren wir unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit schuldig, damit über unsere Motive und Bestrebungen volle Klarheit besteht. Das Interesse des Arbeiterstandes ist in erster Linie für uns maßgebend, wobei wir die Pflichten gegenüber andern Ständen und dem Allgemeinwohl niemals außer Acht lassen.

Uebrigens ist ein großer Teil der Mitglieder der kath. Kaufm. Vereine mit dem Vorgehen und der Erklärung des Vorstandes und Verwaltungsrates absolut nicht einverstanden. Das geht hervor aus einem Briefe, den ein führendes Mitglied der kath. Kaufm. Vereine unterm 9. November an das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften in Köln sandte. In diesem Briefe heißt es u. a., daß die oben erwähnte Erklärung des Vorstandes und Verwaltungsrates die Stellung nur eines Teiles der Verbandmitglieder wiedergebe, der größere Teil der Angestelltenmitglieder (der Verband L. B. hat Angestellte und Prinzipale als Mitglieder. D. N.) sei entgegengelegter Ansicht. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Sie werden fragen, warum diese denn ihre gegenseitige Meinung nicht in dem Verbandsorgan zum Ausdruck bringen. Ich antworte, weil auch diese — wie Sie — erkannt haben, daß es leider nicht möglich ist, mit den unseren Vorstand und Verwaltungsrat zu den Konsumvereinsgegnern treibenden Vertretern der extremen Mittelstandsrichtung über genaunte Frage eine sachliche Auseinandersetzung zu pflegen, noch zur Verständigung zu gelangen. — Recht viele unserer Angestelltenmitglieder, die Nutzen aus den Konsumvereinen ziehen, beklagen es, daß uns in unseren Konsumenteninteressen vom eigenen Verband — dem wir namentlich der idealen Interessen wegen anhängen — Schaden zugefügt wird. Noch mehr aber beklagen wir es, daß wir Angestellte, als größter Teil (zwei Drittel) des Verbandes, herhalten müssen, um die Bedeutung der von obigen Herren beliebten Konsumvereinsgegnerschaft zu erhöhen. — Es sollte mich freuen, wenn Ihre den Herren gegebene treffende Antwort diese zur Ernüchterung bringen würde. Wenn jemand aus unserem Verband den christlichen Gewerkschaften wohlwollend gegenübersteht, so sind es die Angestellten. Andere, z. B. Verbandsbruder Kuratus Windolph, sind nichts weniger als gewerkschaftsfreundlich. (Man vergleiche des letzteren Schrift über das Christentum der christlichen Gewerkschaften.) — Warum ruft man vor Abfendung so weittragender Verlautbarungen gegen die christlichen Gewerkschaften nicht den paritätisch zusammengesetzten Verbandsausschuß oder die Generalversammlung an? Es ist charakteristisch, daß man sich mit der alleinigen Zustimmung vom Verwaltungsrat und Vorstand begnügt. — Ich wollte nicht verhehlen, Ihnen mein Bedauern zum Ausdruck bringen darüber, daß obige Erklärung gegen Sie in die Zeitungen gebracht worden ist. Daß ich nicht vereinzelt dastehende, wollen Sie daraus ersehen, daß ich Vorsitzender des hiesigen kath. Kaufm. Vereins und Angestelltenvertreter eines großen Gewerkschaftsverbandes im Verbandsausschuß des L. B. bin. — Ich gestatte Ihnen, von dieser Zuschrift Gebrauch zu machen.“

Das dürfte genügen, um die Konsumvereinsfeindliche Erklärung des Verbandes L. B. auf ihren wahren Wert zurückzuführen.

Wenn zwei dasselbe tun! In Leipzig ist zwischen dem Verband der Drechsler und dem der Fabrikarbeiter ein Streit ausgebrochen. Der sozialdemokratische Verband der Drechsler hatte über einen Betrieb in Leipzig die Sperre verhängt. Trozdem schickte der sozialdemokratische Verband der Fabrikarbeiter seine Leute in den Betrieb. Warum? In einer Erklärung des Sperrebrecher-Verbandes, die in Nr. 253 der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt ist, heißt es darüber:

„Für die Verwaltung sowie für die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes war eine Sperre über Gummiwerke (um solche handelt es sich hier) in Leipzig bisher nicht bekannt. Wenn man deshalb ein Verbandsmitglied gegen den Vorwurf, er sei Sperrebrecher, schützt, so hat man nach Lage der Sache nur seine Pflicht erfüllt.“

Wenn die Drechsler sich bei ihren Maßregeln über gemeinsam gefaßte Beschlüsse hinwegsetzen zu können glauben, so haben sie auch die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen. Für heute sei nochmals gesagt, daß eine Sperre über Gummiwerke in Leipzig für Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes nicht besteht, und zwar so lange nicht besteht, bis die Sperre nicht gemeinschaftlich beraten und beschlossen ist!

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Leipzig und Umgegend.“

Für den sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverband besteht die Sperre des sozialdemokratischen Bruderverbandes deshalb nicht, weil die Sperre nicht gemeinsam beschlossen wurde. Das ist ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wenn sich aber die christlichen Berufsorganisationen auf denselben Standpunkt stellen, dann sind diese Streikbrecherorganisationen und Arbeitervertreter!

Wenn zwei dasselbe tun, ist's dann nicht dasselbe?

Die Klassenherrschaft der Arbeiter ist ein Un Ding. Das Ziel der Sozialdemokratie geht darauf hin aus, an die Stelle der heutigen Ordnung die Herrschaft der arbeitenden Klasse zu setzen. Nun kommt der bekannte Professor Schmoller in einem Artikel in der „Sozialen Praxis“ zu dem Schlusse, daß eine Klassenherrschaft der Arbeiter einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist.

„Im Staate wie in der Volkswirtschaft können nicht die Massen regieren und befehlen; sie können nur indirekt auf die Befehlenden wirken; aber sie müssen im gewöhnlichen Laufe der Dinge in der Regel teils der Staatsgewalt, teils den Unternehmern, teils den selbstgewählten Führern gehorchen. Jede Volkswirtschaft und jeder Staat hört auf, richtig zu funktionieren, wenn die Massen ihren Führern nicht mehr gehorchen. Und das ist heute häufig der Fall; da liegt die Gefahr der anarchisch-demokratischen Zustände. Gewerkschaften, die gute Führer haben, denen gehorcht wird, sind von Segen; Gewerkschaften mit kurzfristigen leidenschaftlichen Führern, mit solchen, denen im entscheidenden Augenblick nicht gehorcht

wird, sind vom Uebel für die Arbeiterinteressen wie fürs Gesamtwohl. Der augenblickliche Kampf um die Verfassung der sozialdemokratischen Partei ist die Revolte der Masse gegen die gewählten Führer, die Revolte der Leidenschaft gegen die ruhige Vernunft.“

Die Lehre von der Volkshoheit ist ein Un Ding, sowie sie bisher meist aufgefaßt wird: jede jeweilige Majorität des Volkes, des Parlaments könne beliebig das Eigentum neu verteilen, sie dürfe und solle die oberen Klassen von der Volksleitung ausschließen. Sie ist dann in Wirklichkeit nichts als die Klassenherrschaft der Arbeiter. Es entständen Zustände, denen gegenüber unser alter deutscher Beamtenstaat, trotz aller Fehler, noch ein Muster der Gerechtigkeit und der Vernunft wäre. Solche Zustände könnten sich nur ganz vorübergehend halten; sie würden in dem Maße auch unwahrscheinlicher, als die Sozialdemokratie fortfährt, in sich selbst eine Aristokratie und Bürokratie auszubilden, als diejenigen Arbeiterführer zurücktreten, die durch Jungentkraft, heiße Leidenschaften, blinden Glauben an die Revolution riesige Massenversammlungen fanatisieren, aber keine große Partei mit weitem Blicke leiten können.

Bekommt die Sozialdemokratie einstens ausschließlich Führer und Beamte wie Webel und Bollmar, wie Auer und Bernstein und folgt diesen die Masse, so ist die Gefahr für unser Staatsleben und unsere Volkswirtschaft so ziemlich beseitigt. Es wird aber noch lange dauern, bis dieser innere Erziehungsprozess vollendet sein wird. In der Zwischenzeit können revolutionäre Ausbrüche und unterdrückende Reaktionen kommen und diesen Prozess stören; aber wir wollen hoffen, daß sie ihn nicht dauernd hindern werden.

Ist er erreicht, dann werden die Arbeiter gelernt haben, daß sie nicht allein regieren können. Raumann spricht in seinen Schriften den Arbeitern die Regierungsfähigkeit in den wirtschaftlichen Dingen ab, will sie ihnen aber in der Politik einräumen. Das ist sein Irrtum.“

Wie andere Kreise ihre Interessen zu wahren verstehen. In Colmar (Elsas) beschloß die Bäckermeister-Innung den Preis für den fünfpfündigen Laib Brot ab 1. November um 4 Pf. zu erhöhen. Ein Bäckermeister machte diese Erhöhung nicht mit. Er gab in der Tagespresse bekannt, daß er sein Brot nach wie vor zum alten Preise verkaufe. Das rief die Innung auf den Plan. Sie sandte an ihre Mitglieder folgendes Zirkular:

„Gehörter Herr Kollege! Wie Sie aus der heutigen Nummer des „Elsässer Courier“ ersehen haben werden, erschien in derselben eine Annonce des Bäckermeisters N. N., in welcher derselbe der Bevölkerung mitteilt, daß er trotz des Mehlaufschlages sämtliche Brotsorten zum früheren niedrigen Preise weiterverkauft. Wir bitten Sie in Ihrem eigenen Interesse dringend, dieser Annonce halber nicht ängstlich zu werden, sondern die eingeführten Brotpreise ruhig weiter einzuhalten. Zu Ihrer Beruhigung teilen wir Ihnen mit, daß wir gegen N. N. bereits die nötigen Schritte unternommen haben.“

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Die „nötigen Schritte“ sollen darin bestehen, daß das Syndikat der Müller und Mehlhändler dem betreffenden Bäckermeister kein Mehl mehr liefern wird. So wahren andere Stände ihre Interessen.

Sie prügeln sich weiter. Die Stuttgarter Genossen nämlich. In Württemberg stehen die Landtagswahlen vor der Tür. Die Radikalen benutzen diese Gelegenheit, um Rache zu nehmen für die Wahlmanöver, die die Revisionisten bei früheren Wahlen anwandten, um die radikalen Kandidaten zu Fall zu bringen. Wie die Tagespresse mitteilt, verfassten die Radikalen an ihre Anhänger folgendes heftigste Zirkular:

„Vertraulich! Parteigenossen! Der Tag der Abrechnung ist gekommen. Na auch ist es, Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß Sozialdemokraten in den Landtag gewählt werden, und keine Revisionisten à la Lindemann und seine Freunde. Pariert den sich bestimm wiederholenden Schurkenstreich wie bei der letztjährigen Gemeinderatswahl dadurch, daß ihr den von vielen zielbewußten Parteigenossen beschlossenen Abänderungsvorschlag durchgeführt und demselben größte Verbreitung sichert unter Wahrung aller üblichen Vorsicht und Beschränkung. Das radikale Komitee.“

Vorschlag! Westmeyer dreimal; Manz zweimal; Schimmel einmal; alle übrigen sind zu streichen. NB. Gedruckte Stimmzettel sind am Freitag abend an den bekannten Stellen zu erhalten.“

Das ist ja recht nett. Wählt Sozialdemokraten, keine Revisionisten! Diese werden also als Sozialdemokraten schon nicht mehr anerkannt. Pariert den Schurkenstreich! Den Revisionisten muß diese echt brüderliche Aufforderung recht lieblich in den Ohren klingen. Die Keilerei kann nun von neuem losgehen.

Treffend charakterisiert. In Frankfurt gibt die Sozialdemokratie zur Stadtverordnetenwahl eine Kandidatenliste heraus, die sich zu Zweidrittel aus Parteiangestellten zusammensetzt. Das veranlaßt die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 313, 11. Nov. 1912), vor der Wahl dieser Liste ganz besonders zu warnen. Das Uebergewicht der Angestellten in der Partei trete in dieser Liste in erschreckendem Maße in Erscheinung. Zwei Drittel der Kandidaten ständen im Brot der Partei. Die ernste Sorge um die Zukunft der Stadt veranlasse sie, das zu betonen. Von der Person des Kandidaten, so führt das Blatt weiter aus, könne man absehen, seine Stellung zur Partei sei maßgebend.

„Denn es ist eine Tatsache, daß die sozialdemokratischen Parteifunktionäre in einem besonderen Maße von ihren Brotsgebern abhängig sind. Der Zwang zu den festbezahlten Parteistellungen ist ein großer, der „Kampf um die

Futtertrippe“ dementsprechend rücksichtslos. Wer ein Amt oder Amtchen will, der muß sich durch Betonung seines Radikalismus in den Vordergrund drängen. Nach der Meinung ruhiger Beobachter sind die vielen Parteiangestellten — in Frankfurt über fünfzig! — geradezu ein Unheil für die Sozialdemokratie. Denn sie sind die natürlichen Vertreter des Dogmatismus, der die Partei geistig so heruntergebracht hat, ebenso wie sie jede andere Meinung aus Sorge um ihre Stellung erdrücken müssen. Sie kommen nur ins Amt, wenn sie die „reine“, sozialdemokratische Lehre predigen; jede Verständigung an dieser kann ihnen das Brot nehmen. So werden sie zu den starren und unerbittlichen Hütern des „Prinzips“ und begünstigen die dogmatische Erstarrung, in der die Sozialdemokratie verfaßt.“

Kann nun eine Stadt wie Frankfurt in die Hände sozialdemokratischer Parteiangestellter gegeben werden? Diese von ihr gestellte Frage beantwortet die „Frankfurter Zeitung“ wie folgt:

„Frankfurt braucht ein frisches Vorwärtstreben unter Anspannung aller Kräfte. Es braucht eine vorurteilsfreie, dogmatisch nicht gebundene Verwaltung. Ein sozialdemokratischer Parteiangestellter darf nicht vorurteilsfrei sein, er muß alle Dinge in die Parteischablone pressen; jede Abweichung vom „Prinzip“, auch jede vermeintliche Abweichung, wäre ihm verhängnisvoll. Und wenn in der sozialdemokratischen Stadtvertretung doch ja ein vorurteilsloser Mann ist, so hilft das nichts, weil er unter der Tyrannei des Fraktionszwangs steht; auch er ist also rettungslos gebunden, denn er muß so abstimmen, wie es die andern ihm befehlen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß sozialdemokratische Stadtverordnete sich durch fleißige Mitarbeit in der Kommission von der Richtigkeit einer Sache überzeugen und für sie stimmen. Dann fand aber die sozialdemokratische Fraktion, daß diese Abstimmung nicht mit dem Dogma oder mit den Parteirücksichten, etwa mit den agitatorischen, übereinstimmte und sie beschloß die Ablehnung. Dann müssen auch die ihr angehörenden Stadtverordneten, die sich in der Kommission überzeugt hatten, entgegen ihrer besseren Ueberzeugung mit der Fraktion gehen. Da nun in der Fraktion die Parteiangestellten nach dem Wahlvorschlag eine gewaltige Mehrheit hätten, kommandieren sie einfach die Fraktion, und sie würden, wenn die Wähler diese Vorschläge gutheißten, die Stadt Frankfurt kommandieren. Also die Frankfurter Stadtverwaltung in den Händen der Angestellten der sozialdemokratischen Partei!“

Das ist eine Aussicht, die sich die Frankfurter Gemeindegewähler reichlich überlegen müssen, wenn sie am Donnerstag zur Abstimmung schreiten. Die Sozialdemokratie mutet ihnen da etwas zu, was an Rücksichtslosigkeit und Einseitigkeit nicht übertroffen werden kann.“

Die „Frankfurter Zeitung“ ist linksliberal. Sie gehört zu den Bundesgenossen der Sozialdemokratie. Die führenden Genossen werden darum von dieser Charakteristik umsoweniger erbaut sein. An Richtigkeit läßt sie aber deswegen nichts ein.

### Aus unserer Industrie.

#### Die deutsche Tuchkonvention.

Fast ein halbes Menschenalter hat es gedauert, bis es gelungen ist, die deutschen Tuchfabrikanzen — das sind in diesem Falle die Erzeuger von Herrenhosen — zur Einigkeit in bezug auf Zahlungs- und Lieferungsbedingungen gegenüber ihrer Abnehmerchaft zu bringen. Nun ist endlich die langersehnte Tuchkonvention, über die wahre Ströme von Linte und Druckeschwärze vergossen worden sind, zustande gekommen, und vom 1. November d. J. an werden auch in diesen, so bedeutungsvollen und ausgebreiteten Zweig der Textilindustrie geordnete Verhältnisse eintreten.

Die Schwierigkeiten, die sich dem Zustandekommen der Tuchkonvention entgegenstellten, waren größer als in irgend einer der vielen Branchen, die sich unter dem Zwange der Verhältnisse während des vergangenen Jahrzehnts auf einheitliche Konditionen geeinigt hatten. Als zuerst von einer Konvention in der Tuchindustrie die Rede war, schlummerten alle die zahllosen Vereinigungen dieser Art, ohne die heute ein geregelter Geschäft in der Textil- und Konfektionsindustrie kaum mehr denkbar ist, noch in der Zeiten Schöße, und wenn wir uns recht entsinnen, gab es damals, gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, lediglich die Zanella-Konvention, die sich schon zu ihrer Zeit sehr gut bewährte. Allmählich nötigte der vereinte Ansturm der Konkurrenz und der Abnehmer auch andere Zweige der Textilindustrie zum Zusammenschluß, und selbst Branchen mit so entwickelten Verhältnissen, wie sie feinerzeit in der Seidenindustrie herrschten, saßen den Vorteilen der Einigkeit gegenüber der aufreibenden Zersplitterung ein, so daß seit einer Reihe von Jahren sowohl Seiden- und Samtfabrikanten, wie die Stoffisten dieses Geschäftszweiges zu Konventionen zusammengeschlossen sind, die untereinander wieder im Vertragsverhältnis stehen, ein Vorgehen, das zur Geltung der feinerzeit sehr darniederliegenden Seidenindustrie in bedeutendem Maße beigetragen hat. Aus den letzten Jahren stammt, neben einer Anzahl kleiner Konventionen, der Verband deutscher Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten, der sich für die Berliner Konfektionsindustrie als überaus segensreich erwiesen hat.

Nur in der Tuchindustrie kam man nicht vom Fleck. Das Märchen von der Tuchkonvention — ihr vereinigtes Zustandekommen erschien in der Tat den meisten Kennern der Verhältnisse als ein Märchen — spulte zwar unaufhörlich in der Fachpresse; aber der Widerstande waren so viele, daß man sich, je länger man verhandelte, um so weiter vom Ziele zu entfernen schien. Und dabei hatte wohl kaum ein Gebiet der Textilindustrie die Konvention so nötig, wie gerade die Tuchbranche. Sie war bis zum heutigen Tage die Pumpbranche par excellence, und man arbeitete in ihr mit Konditionen, die in anderen Geschäftszweigen ungeheuerlich schienen.

„Ziel ohne Ende“ — das war die Devise, und so mancher Fabrikant war froh, wenn er für die Ware, die er etwa im Oktober lieferte, im April des übernächsten Jahres — nicht etwa Geld, sondern Sechsmonatsrimeffen erhielt. Das war nur durch die endlosen Valutierungen möglich, die sich oft genug auf sechs, ja auf neun Monaten erstreckten. Dann kam das sechsmonatliche Ziel, und dann — kam immer noch kein Geld. Die Abnehmer, sowohl die Tuchhändler wie die Herrenkleiderkonfektion, erklärten stets, sich infolge der Eigenart ihres Geschäfts auf kurzfristige Konditionen nicht einlassen zu können. Namentlich der Tuchhandel, der mit den Schneider-Maßgeschäften gearbeitet, argumentierte, daß seine Abnehmer ein noch längeres Ziel beanspruchten, diemal auch die Kundschaft der Marchands Tailleurs zum großen Teil langfristige Ziele beanspruchte, zum Teil überhaupt die Rechnungen ratenweise schuldig bleibe.

Nun hat man sich endlich geeinigt, und die deutsche Tuchkonvention mit dem Sitz in Düsseldorf ist Ereignis geworden. Wie der Konfektionär mitzuteilen weiß, haben sich bereits 408 Fabrikanten als Einzelmitglieder, sowie der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien und der Verband elsässischer Wollwebereien korporativ der Konvention angeschlossen. Das sind im ganzen 500 oder 98% aller Tuchfabrikanten mit 25 000 Webstühlen. Dufider von irgendwelcher Bedeutung sind nicht vorhanden, so daß die Einigkeit in der Tuchindustrie als effektiv angesehen werden kann. Die von der Konvention festgesetzten Zahlungsbedingungen sind: 30 Tage Kasse mit 6%, 120 Tage Kasse 4%, 180 Tage Kasse 2% Skonto, 210 Tage Kasse netto. Bei früherer Zahlung werden 6% Zinsen p. a. vergütet, bei späterer Regulierung berechnet. Warenkonto, Umsatzbonus oder dergleichen Sonderrabatte dürfen künftig nicht mehr eingeräumt werden. Alle für die Sommerjaison bestellten Waren, die bereits vor dem Monat Januar zur Ablieferung kommen, valutieren per 31. Januar; die Waren für die Winterjaison, die vor dem Juli abgeliefert werden, werden auf den 31. Juli valutiert. Alle sonstigen Ordres valutieren vom Ende des Monats der Lieferung.

Eine vielumstrittene Frage, die der Musterlieferung, ist im Interesse der Abnehmer geregelt worden, da die Muster den Kunden auch künftig unberechnet überlassen werden dürfen. Wo jedoch deren Berechnung erfolgt, darf dafür nicht mehr als 1% vom Fakturbetrage bonifiziert werden. Es ist zu erwarten, daß die Konventionsbedingungen ihre Wirkung auch in dem geschäftlichen Verhältnis zwischen den Abnehmern der Tuchfabrikanten und ihren Kunden, speziell in der Konfektionsbranche zum Ausdruck bringen werden. Eine allgemeine Zielreduktion dürfte sich aber auch in den Tuchverarbeitenden Branchen nicht umgehen lassen, und eine solche Wirkung ist durchaus wünschenswert.

**Die Wirkungen des Balkankrieges auf die deutsche Textilindustrie.**

Man schreibt uns aus Sachreisen: Wenn auch Deutschland durch den Balkankrieg nicht so intensiv in seinen Handelsinteressen getroffen wird, wie beispielsweise Oesterreich, dessen hauptsächlichstes Absatzgebiet die Balkanländer darstellen, so ist doch die Wirkung speziell in der Textilbranche nicht zu unterschätzen. Bei den größten der verhängenen kriegsführenden Länder, Bulgarien z. B., begann die Schädigung schon vor der allgemeinen Mobilmachung, denn bereits Anfang September, zu einer Zeit also, die den Haupteinkaufsmonat, speziell der Großhändler, für die Frühjahr- und Sommer-Saison darstellt, sind die bulgarischen Ordres im Vergleich zu der vorhergehenden Saison sehr eingeschränkt worden; mancher vorzügliche Kaufmann hat in den ersten Aufträgen sogar den Vermerk: „Im Kriegsfall nicht auszuführen“ einfügen lassen. Ein großer Teil der Bestellungen war den Lieferanten auch noch im Monat August zugegangen und von diesen und den später erteilten Ordres ist der größte Teil nach der Mobilmachung und der Kriegserklärung wieder rückgängig gemacht worden, umso mehr, als auch die sichere Ankunft der Ware sehr in Frage gestellt war. Am empfindlichsten wird durch die so geschaffenen Zustände wohl die Damenstoffleiderbranche getroffen, in der sich die deutschen Fabrikate durch ihre Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren am Balkan die erste Stelle erobert haben. Diese Artikel waren zum Teil bereits vor Ausbruch des Krieges in den Fabriken in Arbeit gegeben worden und können jetzt nicht abgeliefert werden. Dadurch entstehen den Lieferanten für diese Waren, meistens Spezialfabrikate, nicht unerhebliche Schäden, da sie in anderen Ländern schwer zu ersetzen sind.

Anderes verhält es sich mit Artikeln, wie Strampfwaren, Erblingen usw., die von der jetzigen Mode fast nicht beunruhigt werden und für welche man anderweitig jederzeit Verwendung finden kann. Spitzen, wie überhaupt Bekleidungsartikel, werden nur in billigen Qualitäten eingeführt und die Steigung wird daher nicht wesentlich auf diesen Industriezweig einwirken. In Serbien und Griechenland verhält es sich mit den genannten Artikeln fast ebenso. Montenegro kommt wegen seines geringen Bedarfs für den deutschen Handel überhaupt nicht in Betracht. Die Geschäftslage in der Textilbranche in den genannten Ländern selbst leidet natürlich sehr, da der Verkauf sowohl bei den Großhändlern, wie auch Detailhändlern, sich auf ein Minimum beschränkt, was wohl während der ganzen Dauer des Krieges anhalten wird. Die Regierungen haben durch den Erlaß der Rotorationen den Zusammenbruch schwach fundierter Firmen hinausgezögert, doch hofft man, daß auch spätere größere Verluste für den Handel nicht zu befürchten seien. Die Kaufleute in Serbien und Bulgarien arbeiten im Allgemeinen noch geanderten kaufmännischen Grundsätzen. Am meisten von allen Balkanländern wird zweifellos Rumänien betroffen, wozugleich es an dem Kriege nicht beteiligt ist. Hier dürfte, wenn nicht bald der Frieden

wieder hergestellt wird, der nahe Krieg empfindlich schädigen. Die Ausfuhr deutscher Textilwaren nach Rumänien ist bedeutender als nach allen anderen Balkanländern. Die Türkei wird, wenn man von den Gegenden, in denen der Krieg wütet, abzieht, verhältnismäßig wenig betroffen, da sich die bedeutendsten Geschäfte in Händen der Ausländer, speziell Griechen, Armenier und Juden befinden, von denen nur ein geringer Teil durch den Krieg seiner geschäftlichen Tätigkeit entzogen ist. In den beiden wichtigsten Städten der europäischen Türkei, Konstantinopel und Saloniki, stagniert das Geschäft z. B. natürlich völlig, doch wird es hier auch am raschesten wieder nach dem Kriege aufblühen.

**Die Wirkung des Balkankrieges auf den Geschäftsgang in der internationalen Textilindustrie**

läßt sich schon jetzt überblicken. Der Schweizer Stickereiindustrie, die einen beträchtlichen Umsatz mit den Balkanländern macht, sind bereits Aufträge im Werte von vielen Hunderttausenden von Francs annulliert worden, ebenso stagniert das Geschäft in Seidenzeugnissen. Der Textilindustrie Rußlands macht sich der Krieg insofern fühlbar, als man durch die Störung der Schifffahrt und der dadurch behinderten Ausfuhr von Getreide auch Geschäftsstörungen mit den Abnehmern von Südrußland befürchtet. Die Baumwollindustrie Englands, so zufriedenstellend ihre Beschäftigung zurzeit auch ist, arbeitet Spezialitäten für den Orient, die anderweitig keine Verwendung finden und demnach für der Fabrikanten wertlos werden. Für die Leinenindustrie Deutschlands, Englands, Frankreichs, Belgiens und Oesterreichs sind die Balkanstaaten und die Türkei in den letzten Jahren beachtenswerte Kunden geworden, die nun ebenfalls zu Annullierungen schreiten. Direkte Einwirkungen des Krieges auf die Seidenindustrie Frankreichs und Deutschlands lassen sich bislang nicht feststellen. Die kontinentalen Exporteure von Wollengewebe, Wirkwaren und anderen Erzeugnissen der Wollindustrie, die mit dem Orient arbeiten, haben ihre Bestellungen an englische und skandinavisches Fabrikanten teils verringert, teils suspendiert. Den ungünstigsten Einfluß scheinen die Kriegswirren auf die österreichische Textilindustrie auszuüben, deren Zweige alle, die Spinnerei, die Weberei und die Wirkerei, ebenso die Konfektion ein regelmäßiges Geschäft mit den Balkanstaaten und der Türkei machen, das vorläufig unterbrochen ist. Die italienische Textilindustrie erhielt zahlreiche Abbestellungen von ausländischen Exporteuren, die mit dem Balkan arbeiten.

**Die Präsidentenwahl in Amerika und die Textilindustrie.**

Als im Sommer dieses Jahres der wüste Kampf zwischen Taft und Roosevelt stattfand, wurde wohl an einen Sieg des demokratischen Kandidaten Woodrow Wilson gedacht; aber seine Aussichten waren hoch damals nicht so glänzend, wie in der allerletzten Zeit, wo man schon deutlich erkennen konnte, daß die Parteispaltung der Gegner dem Demokraten zum Erfolge verhelfen würde. Dieser Erfolg ist nun eingetreten: Wilson ist am 5. d. ds. zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. In diesem Augenblick die wirtschaftspolitische Entwicklung Nordamerikas unter einer demokratischen Präsidentschaft voraussetzen zu wollen, hieße leichtsinnig sein, denn noch immer haben sich in den Vereinigten Staaten die Dinge anders gemacht, als die Präsidenten versprochen hatten. Immerhin kann man auf einen mehr oder weniger wesentlichen Umsturz der wirtschafts- und zollpolitischen Richtung in den Vereinigten Staaten rechnen. Das ist insbesondere für die deutsche Textilindustrie von Bedeutung, deren Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten unter dem bisherigen Regime arg gelitten hat.

Wilson gilt als ein erbitterter Gegner der Ertrufs, und in seinem für die Wahlkampagne aufgestellten Programm griffen Ertruf- und Zollgesetzgebung miteinander über, da er von der Ueberzeugung ausging, daß die amerikanischen Schutzzölle in erster Linie die Privilegien der Ertrufs geschaffen haben und daß man diesen also nur durch den Abbau des Hochschutzzolles wirksam beikommen könne. Immerhin enthält das Programm Wilsons keine revolutionären Aenderungen, sondern sieht nur eine Ermäßigung der jetzigen überaus hohen Zölle vor. Der neue Präsident hat im Laufe der Wahlkampagne sogar mit Nachdruck betont, daß die Rücksicht auf die Staatsfinanzen jede Aenderung des Zolltarifes ausschliesse, durch welche die Zolleinnahmen unter 300 Millionen Dollars herabfallen würden. Neben dieser prinzipiellen Stellungnahme zur Zollfrage hat sich Wilson in seinen Wahl-Reden auch gelegentlich über Einzelpunkte der Tarifreform ausgesprochen, wobei er betonte, daß nicht nur eine Ermäßigung der in den Vereinigten Staaten bestehenden Zollzölle, sondern der Textilzölle überhaupt, vorzunehmen sei.

Welche Taxen diesen Worten folgen werden, bleibt abzuwarten; jedenfalls eröffnen sich durch den Systemwechsel in Amerika freundlichere Aussichten für die deutsche Textilindustrie.

**Aus dem Verbandsgebiete.**

Für die Durchführung der durch die Verbands-Generalversammlung zu Elberfeld beschlossenen

**Herbst- und Winteragitation**

ist den Ortsgruppen-Vorständen in letzter Zeit viel Material und manche Anregung zugegangen. Auch an dieser Stelle verweisen wir nachdrücklich auf den Be-

schluß der Verbands-Generalversammlung, wonach jede Ortsgruppe (Vorstand, Agitations-Kommission, Vertrauenspersonen) baldmöglichst einen

**Agitationsplan**

aufstellen und dem Bezirksleiter einreichen muß. Wir bitten alle Verbandsmitglieder dringend, bei der Agitation nach Kräften mitzuwirken.

Der Zentralvorstand.

**Aus unseren Bezirken.**

**Konferenz des 10. Verbandsbezirks Bamberg-Fulda.**

Eine in allen Teilen wohlgelungene Agitationskonferenz war es, die am 27. Oktober in den Luitpoldsälen zu Bamberg stattfand. Schon am Vorabend der Konferenz hatten sich die Vertrauenspersonen der Bamberger Ortsgruppe mit ihren Familien und einer Anzahl auswärtiger Delegierten im Café Haas zu einer schlichten und recht harmonisch verlaufenen Begrüßungsfeier versammelt. Der zweite Zentralvorstehende, Kollege Sistenich aus Düsseldorf, hielt eine mit großem Beifall aufgenommene längere Ansprache, in der er besonders überzeugend die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller in der Textilindustrie beschäftigten Frauen und Mädchen im christlichen Textilarbeiterverband hervorhob.

Die eigentlichen Verhandlungen am Sonntag wurden vormittags 1/2 11 Uhr vom Bezirksvorstehenden, Kollegen Müller, eröffnet. Ueber 50 Vertreter aus den in Nordbayern und Hessen-Nassau gelegenen Ortsgruppen und als Vertreter des Hauptverbandes der zweite Zentralvorstehende, Kollege Sistenich aus Düsseldorf, wohnten bis in den späten Nachmittag den Konferenzverhandlungen bei. Nicht vertreten waren die Ortsgruppen Alersberg, Kirchhennbach, Hersfeld und Herolz. Im Auftrage von mehreren Mitgliedern hatte der frühere Schriftführer der Bamberger Ortsgruppe, Kollege Mühl, von Helgoland aus an die Konferenzteilnehmer ein Begrüßungstelegramm geschickt. Als Gäste waren zeitweilig in der Konferenz anwesend: hochw. Herr Domkaplan Dr. Schneider-Bamberg, Herr Redaktor Thyron-Bamberg, Gewerkschaftssekretär und Gemeindebevollmächtigter Kollege Striegel-Bamberg und Arbeiterssekretär Kollege Reinl-Nürnberg. In der Berichtszeit (von Juli 1911 bis Juli 1912) ist im Bezirk, wie dem Bericht des Kollegen Müller zu entnehmen war, eine überaus intensive Tätigkeit entfaltet worden, die sich hauptsächlich erstreckte auf die Gewinnung neuer Mitglieder, auf die geistige Schulung und Bildung der Mitglieder und auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Mit einem im vergangenen Sommer in Bamberg an neun aufeinanderfolgenden Sonntagen abgehaltenen praktisch-sozialen Bezirks-Unterrichtskursus, bei dem unter anderen auch die Herren Rechtsanwalt Dr. Hennemann-Bamberg und Geschäftsführer Dr. Dittman-Bamberg mitgewirkt, sind vorab befriedigende Resultate erzielt worden. Der Kursus wurde abgehalten zu dem Zwecke der Heranbildung einer Anzahl arbeitsfreudiger Mitarbeiter im Bezirk. Dieser Zweck ist auch zum weitest aus größten Teile erreicht worden. Eine innere Stärkung des Verbandes im Bezirk ist dadurch erreicht worden, daß die allermeisten Ortsgruppen in der ersten Hälfte dieses Jahres freiwillig besondere Wochenlokaltbeiträge, zum Teil bis zu 10 Mfg. pro Mitglied einbrachten. Der aus Anlaß der Einführung dieser Erneuerung erfolgte Mitgliederrückgang in den einzelnen Ortsgruppen, die Lokalbeiträge eingeführt hatten, ist kaum nennenswert. Vom Berichterstatter wurden im Anschluß an den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht Anregungen für die Herbst- und Winteragitationsarbeit gegeben und hauptsächlich auch gezeigt, wie der Mitgliederfluktuation in den Ortsgruppen entgegengearbeitet werden kann. Kollege Müller berichtete dann noch über die Resultate der Hausagitation, die auf ein Ausschreiben der Bezirksleitung hin an den zwei letzten Sonntagen vor der Bezirkskonferenz in allen Ortsgruppen des Bezirks hätte durchgeführt werden sollen. Nur einige Ortsgruppen waren aber der Aufforderung gefolgt. Mehrere davon hatten durch die beiden Hausagitationstage Duzende neuer Mitglieder gewonnen. Wären aber die an die Ortsgruppen bezüglich der Hausagitationstage ergangenen Winke in allen Ortsgruppen auch beachtet worden, dann wäre bedeutend mehr erreicht worden.

Nachdem die Kollegen Sistenich-Düsseldorf und Witten-Bamberg über die Bedeutung der Beschlüsse der letzten Verbandsgeneralversammlung in Elberfeld referiert hatten, wurde in eine Diskussion über die zwei ersten Punkte der Tagesordnung eingetreten. An dieser beteiligten sich eine Anzahl Delegierte, die es ganz geschickt verstanden, in ruhigen und sachlichen Ausführungen den Organisationsleitern besonders für ihre agitatorische Tätigkeit im Bezirk ganz beachtenswerte Winke zu geben.

Einen recht wirkungsvollen Abschluß fanden die Verhandlungen durch die begeisterten Ausführungen des Präses des Bamberger katholischen Arbeiterinnenvereins, des hochw. Herrn Domkaplans Dr. Schneider, der in zu Herzen gehender Weise über die sozialen Kämpfe und Gefahren der Gegenwart und über die Pflichten, die daraus insbesondere den noch christungläubigen Arbeiterkräften erwachsen, sich verbreitete. Zur Aufklärung und Belehrung der Konferenzteilnehmer trugen vor allem auch die Darlegungen des Herrn Referenten bei über die Aufgaben der konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gefellen- und Jugendvereine auf der einen und die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften auf der anderen Seite.

Nach mehr wie fünfständiger Tagungsdauer schloß Kollege Müller mit Dankesworten an die Referenten und Konferenzteilnehmer die imposant und recht eindrucksvoll verlaufenen Verhandlungen, nachdem noch alle Teilnehmer kräftig in ein Hoch auf den christlichen Textil-

arbeiterverband eingestimmt und mit froher Begeisterung das Bundeslied der christlichen Gewerkschaften gesungen hatten.

Bezirkskonferenz des Bezirks Schlesien.

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz tagte am 20. Oktober in Landeshut. Vertreten waren die Ortsgruppen Neuhadt D.-S., Landeshut, Schweidnitz, Ullersdorf, Kengersdorf und Ziegenhals durch 11 Delegierte. Wegen der weiten Entfernung hatte die Ortsgruppe Konstadt von der Entsendung eines Delegierten abgesehen. Ebenso war die Mitgliedschaft Reichenbach nicht vertreten. Vom Zentralvorstand war Kollege Heutmann-Düffeldorf erschienen.

Kollege Jungnickel gab den Jahresbericht. Demnach war der Geschäftsgang im vorigen Jahre ähnlich wie im vorhergehenden Jahre. In einzelnen Zweigen war wohl ein starker Geschäftsgang zu verzeichnen, jedoch eine wirkliche Hochkonjunktur blieb aus. Eingeleitete Lohnbewegungen konnten wegen der mangelhaften Organisationsverhältnisse nicht energisch durchgeführt werden. Der Redner würdigte in seinen Ausführungen auch besonders die Vorgänge und Begleiterscheinungen anlässlich der Reichstagswahlen, des Ruhrbergarbeiterstreiks und des Gewerkschaftstreikes im katholischen Lager. Es habe bei diesen Vorkommnissen an Schwierigkeiten in der Agitation nicht gefehlt, obwohl auf der anderen Seite der Ausgang des Ruhrbergarbeiterstreiks und des Gewerkschaftstreikes manches Gute für unsere Bewegung im Gefolge gehabt habe.

Von den Gegnern sind die untergeordneten Agitatoren des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in ihrer Kampfweise am gefährlichsten. Wie weit die Verwilderung und Behäuflichkeit dieser Kreise schon gediehen ist, beweise ein Vorkommnis, welches Jungnickel in allerletzter Zeit von einer Versammlung in Freiburg berichtet wurde. Dort hat eine Agitatorin des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ihren "Genossen" und "Genossinnen" den Rat gegeben, wenn ihnen ein Christlicher auf der Straße begegne, vor ihm auszuspucken. Das ist bei dem Ton, der im Verbandsorgan des sozialdemokratischen Verbandes herrscht, auch gar nicht verwunderlich. Die Aufklärung über die Notwendigkeit der Einführung von Lokalbeiträgen hat die Agitation ebenfalls gehemmt, so daß ein kleiner Mitgliederzuwachs nicht aufgehalten werden konnte.

Hierauf erstattete Kollege Heutmann den Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der Elberfelder Verbandsgeneralversammlung, soweit die Agitation und das Unterstützungswesen in Frage kamen. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten die Delegierten seine Ausführungen, die manche Bedenken besonders hinsichtlich der Änderungen im Unterstützungswesen befeitigt haben dürften. Der Bezirksleiter, Kollege Sparenberg, referierte sodann über die weiteren Beschlüsse und Verhandlungen der Generalversammlung, worauf in die Mittagspause eingetreten wurde.

Nach dieser begann die Diskussion, an welcher sich erfreulicherweise fast alle Delegierten beteiligten. Hierbei wurde der Geschäftsbericht durch Mitteilungen aus den Ortsgruppen noch weiter ergänzt und auch den Beschlüssen der Generalversammlung im allgemeinen zugestimmt. Trotz stetig wachsender Schwierigkeiten kam allgemein der feste Wille zum Durchbruch, gestützt auf die Beschlüsse der Generalversammlung nun mit neuem Mut in die Agitation einzutreten.

Kollege Sparenberg gab noch in längerer Ausführungen Winke über die zweckmäßige Durchführung der verschiedenen Agitationsformen, worauf Kollege Jungnickel über die Agitation im kommenden Herbst und Winter referierte. Mit besonderer Ausdauer soll an der Stärkung der bestehenden Zahlstellen gearbeitet werden, ohne dabei das gewerkschaftliche Neutral zu vergessen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands schloß sodann Kollege Jungnickel die Konferenz.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wettrath. Eine sehr anregend verlaufene Versammlung hatte unsere Ortsgruppe am 27. Oktober. Die jüngeren Kollegen und Kolleginnen hätten etwas zahlreicher vertreten sein können. Ein gemeinsames gewerkschaftliches Lied bei der Eröffnung brachte schon gleich den gewerkschaftlichen Geist und Belegung in die Versammlung. Der Quartalsbericht wies zwar Stagnation der Mitgliederzahlen, aber eine erhöhte Anzahl Kollegen und Kolleginnen auf, die mehr, als die Pflichtbeiträge zahlen. Zu Punkt 2 der Tagesordnung erstattete Kollege Orts Bericht über die Elberfelder Verbandsgeneralversammlung. Zunächst schilderte er die Tagung im Allgemeinen und ging dann auf die einzelnen Beschlüsse, welche dort mit so großer Einmütigkeit gefaßt worden sind, näher ein. Die wichtigsten derselben seien unzweifelhaft, der Beschluß über die intensive Winteragitation, durch welche wir unseren Verband in den nächsten Monaten einen mächtigen Ruck vorwärts bringen sollen, und der Beschluß über Stärkung der Zentralkasse. Die Aufmerksamkeit, mit der die Zuhörer den Ausführungen des Kollegen folgten, bewiesen das Interesse der Anwesenden. Eine Diskussion fand nicht statt. Hierauf erstattete Kollege Schiffer Bericht über die Bezirkskonferenz. Seine Ausführungen ergaben, daß in unserem Bezirk mit allen Mitteln dahin gewirkt werden müsse, den gewerkschaftlichen Geist zu festigen und die Mitgliederzahlen so zu erhöhen, daß der 2. Bezirk in punkto Agitationserfolge an erster Stelle zu stehen komme. Mit dem Wunsche, daß unsere Ortsgruppe auch das Jahrge dazu beitragen möge, schloß Kollege Schiffer seine Ausführungen. Zum Schluß gab der Vorsitzende dann noch den vom Vorstande, den Vertrauensmännern und der Agitationskommission ausgearbeiteten Agitationsplan bekannt, der die allgemeine Zustimmung der Versammlung fand. Mit einem begeistert gelungenen Werbelied fand die Versammlung ihren Abschluß. Alle Teilnehmer sind wohl mit dem Gedanken nach Hause gegangen, wir wollen, um unsere hehre Sache zu fördern, in Zukunft nach Kräften mitarbeiten.

Cottbus. Unsere Ortsgruppe hielt am letzten Sonnabend im evangelischen Vereinshaus seine Monatsversammlung ab. Der Arbeitersekretär Spierker sprach über die wichtigsten Verhandlungen auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Dresden und behandelte dabei folgende Punkte: 1. Den Gewerkschaftstreik. 2. Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsnachweis. 3. Schieds- und Einigungsstellen. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1911 350574 mit einem Vermögen von 7082942 M. Ueber die Unterstützungsanstaltungen im Zentralverbande christlicher Textilarbeiter, über deren Verbandsstatut in Elberfeld sowie über die Bezirkskonferenz in Spremberg wird am 14. Dezember ein Vortrag gehalten werden, zu dem auch Nichtmitglieder Zutritt haben. In dieser Versammlung soll zum erstenmal von dem neuen Verbandslied Gebrauch gemacht und einige gemeinschaftliche Lieder gesungen werden. Für Klavierbegleitung ist gesorgt. Weiter wurde beschlossen, ein Stiftungsfest zu veranstalten. Es soll am 22. Februar 1913 im Restaurant zum Stadtgarten gefeiert werden.

Forst (Sausitz). Berichterstatterung über die Bezirkskonferenz und über den Dresdener Gewerkschaftskongreß, so lautete die Tagesordnung der am 12. November abgehaltenen Versammlung. Nach ihrer Eröffnung machte der Vorsitzende, Kollege Walzer, Mitteilung von dem Ableben eines alten maderen Streikers, unseres Kollegen Friedrich Peters, und forderte die Anwesenden auf, zum Andenken an den Verstorbenen sich von den Sitzen zu erheben. Hierauf erstattete Kollege Fabian den Bericht über die am 13. Oktober in Spremberg stattgefundene Bezirkskonferenz. Da keine Diskussion gewünscht wurde, erhielt Kollege Sparenberg das Wort zum Bericht über den Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Dresden. Er betonte besonders den schönen Verlauf desselben, der würdig seinen Vorgängern zur Seite gestellt werden könnte. Redner wies darauf hin, daß noch keinem Kongreß eine solche Bedeutung beigegeben worden sei, wie gerade diesem. In ganz Deutschland und darüber hinaus hätte man mit Spannung dieser Tagung entgegen gesehen. Eine ganz besondere Bedeutung hätte derselbe auch dadurch erhalten, daß er in einem zu 95% evangelischen Lande stattfand. Von sozialdemokratischer Seite wird ja immer wieder der Versuch gemacht, die christlichen Gewerkschaften als konfessionelle, als von Kaplänen und Pastoren geleitete Gewerkschaften hinstellen. Jedoch die Dresdener Tagung hat es bewiesen, (wenn es eines Beweises noch bedurfte) daß die christlichen nationalen Gewerkschaften konfessionell und politisch neutral sind und daß sie auch darnach handeln. Die Anwesenheit der Vertreter der Reichs- sowie der sächsischen Regierung, ebenso die der kirchlichen Behörden beider Konfessionen beweisen zur Genüge, welches Interesse man uns auch in den höheren Kreisen entgegen bringt. Daß derartige Tagungen für die Arbeiterschaft mehr Vorteile in sich tragen, als alle Kongresse der sozialdemokratischen Gewerkschaften, liegt wohl klar auf der Hand. Selbst sozialdemokratische Organe mußten, von einigen Seitenhieben abgesehen, den schönen und würdigen Verlauf des Kongresses anerkennen. Redner wies ferner darauf hin, daß die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften eine gute genannt werden kann. Ist doch die Mitgliederzahl seit dem Kölner Kongreß von 28000 auf 35000 gewachsen, was eine Zunahme von 90000 bedeutet. Ebenso steht es mit den Einnahmen, sie sind von 4 Millionen auf über 6 Millionen gestiegen, ferner ist ein Vermögen von über 7 Millionen Mark vorhanden. Auf die zur Beratung stehenden Anträge übergehend, bemerkte der Referent, daß der diesjährige Gewerkschaftskongreß die Reform des Arbeitsrechtes, den Ausbau des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenfürsorge, die Regelung des gewerblichen Schiedsgerichts- und Einigungswesens durch Schaffung eines Reichseinigungsamtes verlangt. Nachdem Kollege Sparenberg die gestellten Anträge noch näher beleuchtet hatte, kam er zum Schluß noch auf das scholle Verhalten eines sozialdemokratischen Berichterstatters zu sprechen, der das ihm gewährte Sprechrecht dazu benutzte, seine sozialdemokratische Bildung und Erziehung durch allerhand dummdreiste Bemerkungen leuchten zu lassen. Daß ein derartiges Benehmen durch den Leiter des Kongresses, den Kollegen Schiffer, genügend gebrandmarkt wurde, versteht sich von selbst. Hier kann man wohl auch das Wort Friedrich des Großen anwenden: „Und mit solchem Pack muß man sich herumschlagen“. Hierauf fand eine kurze Diskussion statt.

Unter „Verschiedenes“ wurde noch darauf hingewiesen, daß beabsichtigt ist, in diesem Winter Diskutierabende zu veranstalten, und sollen sich die Kollegen und Kolleginnen, die sich daran beteiligen wollen, bei den Vertrauensleuten oder auf dem Büro melden. Die Abende sollen hauptsächlich der volkswirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Aufklärung gewidmet werden.

Kollege Fabian forderte zum Schluß nochmals alle Kollegen und Kolleginnen zu reger Mitarbeit an unserer Winteragitation auf. Der Anfang ist schon gemacht, der auch schon von Erfolg begleitet war. Deshalb auf, schart euch um die Kämpfer für die edle Sache, sie ist wahrlich des Schweißes der Edlen wert. Es gilt noch eine Menge Arbeit zu leisten zur Besserstellung der wirtschaftlichen Lage, die einzeln nicht erreicht werden kann, wohl aber durch den Zusammenschluß aller Textilarbeiter und Arbeiterinnen im christlich-nationalen Textilarbeiter-Verband.

Wittenbüren. Einem guten Besuche erfreute sich unsere Versammlung vom 27. Oktober. Herr Lehrer Truscher aus Lengerich hielt einen Vortrag über die gelben Gewerkschaften. Redner schilderte zunächst die verschiedenen Arten gelber Vereine, wie Reichstreue, Vaterländische, Nationale Arbeitervereine, Knappenvereine, Werkvereine, die angeblich ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie darstellen sollen, in Wirklichkeit aber nur von den Unternehmern gegründet und unterstützt werden, um den aufstrebenden Gewerkschaften einen Damm entgegenzusetzen. Redner betonte, daß wir die Gelben ablehnen müssen aus wirtschaftlichen Gründen, weil sie in wirtschaftlicher Hinsicht von den Arbeitgebern abhängig sind und deshalb für die Arbeiter nichts erreichen können. Wir müssen sie ablehnen aus moralischen Gründen. Die gelbe Bewegung kann keine selbstbewußten und charakterfesten Männer erziehen, sondern nur Kriecher, Schmarozker. Ferner lehnen wir sie ab aus nationalen Gründen, weil sie durch ihre arbeitfeindliche Tendenz das Volk retten und dadurch der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten. Es ist bewiesen, daß in den Wahlkreisen, wo die Gelben vertreten sind, die Sozialdemokratie gewaltige Fortschritte macht. Wir müssen sie ablehnen aus religiösen Gründen, weil die gelbe Bewegung religiös gleichgültig macht. Wir müssen sie ablehnen, aus politischen Gründen, weil sie vollständig unselbständig sind und nur nach dem Willen der Unternehmer sich politisch betätigen können. Wir müssen sie endlich ablehnen weil sie Gegner der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine sind, die doch die Vertretung unserer wirtschaftlichen und religiösen Interessen bilden. Redner schloß

mit einem warmen Appell an die Versammlung, treu zu den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen zu stehen. Stürmischer Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten. Es wurde dann noch beschlossen, den Lokalbeitrag bereits am 1. Dezember einzuführen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Schweighausen-Lauterbach. Hier regte Interesse, vermehrtes Verständnis der Mitglieder dem Verbandsleben gegenüber; dort eine Gleichgültigkeit und tiefer entpungen eine unbegreifliche Unkenntnis der Lage unseres Verbandes. So könnte man das Urteil fällen über die oben genannten beiden Ortsgruppen des Blumentales.

Auf Sonntag, den 3. November, war in diesen Ortsgruppen Mitgliederversammlung angesagt, in Schweighausen um 3 Uhr, in Lauterbach um 7 Uhr. Kollege Simon-Mühlhausen sollte sprechen über die Beschlüsse der Elberfelder Verbandsgeneralversammlung.

Die Versammlung in Schweighausen erfreute sich eines guten Besuches und verlief auf das anregendste. Kollege Simon, der einen eingehenden Bericht über die Verbandsgeneralversammlung gab, dabei besonders die Notwendigkeit der Einführung des Lokalbeitrages und der Änderungen im Unterstützungswesen begründend, wurde in der Diskussion von verschiedenen Kollegen, speziell von den Kollegen Ecker, der mit noch einigen Kollegen aus Bühl herbeigeeilt war, recht kräftig unterstützt. Alle ohne Ausnahme begrüßten den Beschluß betreffend Lokalbeitrag, einige konnten sich aber mit den getroffenen Änderungen im Unterstützungswesen, speziell soweit die Krankenunterstützung in Betracht kommt, nicht so recht befreunden. Es gelang indes dem Referenten, im Schlußwort ihre Bedenken zu zerstreuen und alle Mitglieder zur eifrigen Agitation anzuspornen. Die Schweighäuser Kollegen und Kolleginnen werden sicher ihr möglichstes leisten.

Ganz anders und für die dortigen Mitglieder höchst beschämend sah es in Lauterbach aus. Hier konnte die angelegte Versammlung, da die Kollegen und Kolleginnen — wohl weil sie der Belehrung nicht bedürfen — außer drei oder vier Kollegen nicht erschienen waren, nicht abgehalten werden. Man unterließ sich deshalb dem Zweck der Versammlung entsprechend und trennte sich sodann mit nicht gerade besonderem Wohlwollen gegen die Versammlungsschwänzer erfüllt.

Die Lauterbacher Kollegen und Kolleginnen müssen beim Lesen dieser Zeilen den Entschluß fassen, in Zukunft zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich zu den lauenen Mitgliedern unseres Verbandes zählen zu lassen. Eine günstige Gelegenheit, diese Scharte auszuweken, bietet ihnen die Herbst- und Winteragitation. Sich hieran zu beteiligen ist Ehrenpflicht aller Kolleginnen und Kollegen.

Waalz. Samstag, den 26. Okt., hielt unsere Ortsgruppe ihre Quartalsversammlung im Lokale Giffissen ab. Die Versammlung ehrte das Andenken unseres verstorbenen Kollegen Wilhelm Risternans durch Erheben von den Sitzen. Nach dem Rechenschaftsbericht des 3. Quartals gab Kollege Mann einen interessanten Bericht über die Beschlüsse unserer Generalversammlung. Seinen 1 1/2 stündigen Vortrag teilte Redner in 4 Teile: 1. Die Beschlüsse über die Agitation, 2. Lokalbeiträge, 3. Unterstützungen und 4. Allgemeines. Zu Punkt 1 führte Redner aus, daß die Agitationsmöglichkeiten für uns hier am Orte ziemlich beschränkt wären, da wir hier die Textilarbeiterschaft mit 90% organisiert hätten. Bei den übrigen 10% befänden sich Kollegen, die überhaupt nicht zu bekehren wären, trotz aller Mühe, die man sich um diese gegeben habe. Desgleichen wären aber auch Elemente darunter, die nicht mehr würdig wären in unseren Reihen zu stehen, und um die wir uns keine Mühe mehr zu geben brauchen. Weiter gab Redner ein Bild von der Einführung des Lokalbeitrages in unserer Ortsgruppe. Die Erhebung erfolgte seit Oktober ohne Mitgliederverluste. Dann schilderte Kollege Mann die Neuregelung des Unterstützungsweises, besprach sodann die einzelnen Referate, sowie die Resolutionen zu denselben. Auch gedachte Redner lobend der Arbeit, die sich die Kollegen von Elberfeld und Barmen gemacht hätten, um auch nach außen hin unsere Generalversammlung zu einer imposanten zu gestalten. Mit einem kräftigen Appell an alle Mitglieder, mitzuarbeiten, daß die in Elberfeld gefaßten Beschlüsse auch in die Praxis umgesetzt würden, schloß Kollege Mann seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Bericht.

Kollege Hub Krill gab dann einen Bericht unserer Bezirkskonferenz in Aachen und besprach verschiedene Fragen, die gegenwärtig die Textilarbeiter beschäftigen.

Unter Punkt Verschiedenes begründete Kollege Mann einen Antrag des Vorstandes, für die Ortsgruppe einen Lichtbildapparat anzuschaffen. Wir können unsere Versammlungen belehrender und interessanter gestalten durch Vorführung einmündiger Lichtbilder belehrenden und geistbildenden Inhalts. Auch in der Jugendagitation wird sich eine derartige Anschaffung lohnen. Durch einen derartigen Apparat kann auch die Fachbildung besonders der jugendlichen Mitglieder wirksam gefördert werden. Die Anschaffung eines Lichtbildapparates wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen. Mit einem Dank an die Berichterstatter, Diskussionsredner und an alle Anwesende schloß Hub. Kloth die schön und einmütig verlaufene Versammlung.

Walheim. Unsere Quartalsversammlung fand am 27. Oktober in Hahn statt und hätte einen besseren Besuch aufweisen dürfen. Die Mitglieder müßten doch einsehen, daß es ihre Pflicht ist, die Versammlungen zu besuchen. Der Vorstand gibt sich alle Mühe, dieselben lehrreich und interessant zu gestalten. Nach Erstattung des Rechenschaftsberichtes durch den Kassierer, hielt Kollege Böhrer-Höfen einen Vortrag über die Beschlüsse der Elberfelder Verbandsgeneralversammlung und der dort geleisteten Arbeiten. Den Bericht von der Bezirkskonferenz gab Kollege Boel. In der sehr regen Diskussion ergänzte Kollege Koch-Düren beide Referate und gab einige Winke und Vorschläge, wie die Winteragitation am erfolgreichsten durchgeführt werden könne. Die Versammlung nahm den Beschluß der Verbandsgeneralversammlung, wonach ab 1. Januar 1913 ein Lokalbeitrag von 5 Pfg. eingeführt werden solle, beifällig auf, und verpflichteten sich die Anwesenden, für die Durchführung dieses Beschlusses einzutreten. Sodann wurde die Agitationskommission neu gebildet und als deren Vorsitzender Kollege Hub. Schaares gewählt. Gegen 9 Uhr fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

NB. Diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche die letzte Versammlung nicht besucht haben, werden freundlichst und dringend gebeten, die in nächster Zeit stattfindende Versammlung zu besuchen.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

Das Recht der Arbeiterin auf die Mittagspause und Wöchnerinnenschutz. Den vordringenden sozialen Tendenzen unserer Gesetzgebung entsprechend, sucht auch die Gewerbeordnung das Familienleben zu berücksichtigen und bevorzugt demgemäß die verheiratete Arbeiterin vor der Unverheirateten.

Während nach dem Wortlaut des Gesetzes den Arbeiterinnen im allgemeinen nur eine mindestens einständige Mittagspause gewährt werden muß, steht allen Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu versehen haben, das Recht auf die eineinhalbstündige Mittagspause zu. Von diesem Recht wird man aber, wie Professor Stier-Somlo (Vonn-Köln), der bekannte Vertreter des Staats- und Verwaltungsrechts und Sozialpolitiker, in seiner soeben erschienenen ausgezeichneten Handausgabe der Gewerbeordnung (Verlag J. Neumann-Neudamm, Mannheim und Leipzig, 1224 Seiten, gebd. 7,50 M.) ausführt, diejenigen Arbeiterinnen ausschließen müssen, welche vertraglich die Versorgung eines fremden Haushalts übernommen haben. Denn das Gesetz bezweckt lediglich eine Erleichterung der sich aus dem Familienleben ergebenden Pflichten. Auch auf Arbeiterinnen unter 16 Jahren findet die Vergünstigung keine Anwendung. Im übrigen braucht der Arbeitgeber die Arbeiterinnen nur auf ihren Antrag und nur dann eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, wenn nicht diese allgemein mindestens einundeinhalbe Stunde dauert.

Einer ähnlichen Tendenz dienen weitergehend die seiner Zeit viel erörterten Bestimmungen, daß Arbeiterinnen vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen acht Wochen nicht beschäftigt werden dürfen und daß ihr Wiedereintritt an den Nachweis geknüpft ist, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens sechs Wochen verstrichen sind. Die Bestimmungen dieses Absatzes des § 137 finden, wie ebenfalls Stier-Somlo ausführt, auf alle Wöchnerinnen Anwendung, gleichviel ob sie ehelich oder außerehelich geboren. Aus Anlaß der Niederkunft dürfen Wöchnerinnen im ganzen während 8 Wochen nicht beschäftigt werden, und zwar müssen nach dem Wortlaut des Gesetzes 6 Wochen dieser Zeit nach der Geburt liegen. Diese Frist, während welcher nach der Geburt die Beschäftigung von Arbeiterinnen verboten ist, verlängert sich aber auf 8 Wochen, wenn die Arbeiterin bis zur Niederkunft im Betriebe tätig gewesen ist. Denn die in dem Gesetz im ganzen vorgesehene achtwöchige Pause darf nicht gekürzt werden. Andererseits steht der Arbeiterin aber kein Recht zu, schon 2 Wochen vor der voraussichtlichen Niederkunft von der Arbeit befreit zu werden, wenn es im allgemeinen auch für den Unternehmer unerheblich ist, wie sich die achtwöchige Pause um den Zeitpunkt der Geburt verteilt. Schwangerchaftsbeschwerden und Nachwirkungen des Wochenbetts geben dem Arbeitgeber, sofern sie nur von kürzerer Dauer sind, kein Recht zur Entlassung auf Grund des § 123 Ziff. 8.

Ausnahmen von diesen die Wöchnerinnen betreffenden Schutzbestimmungen enthält das Gesetz nicht.

Äußere Kolonisation und Fleischtenerung. Die Förderung der inneren Kolonisation wird nach der bereits früher erwähnten Rede des Ministerpräsidenten im preussischen Abgeordnetenhaus die Hauptaufgabe der preussischen Regierung in der Hebung der heimischen Viehzucht sein. Der Minister entwickelte folgendes Programm:

Unter den Wegen, die vorgeschlagen werden, spielt zunächst im Hinblick auf eine Vergrößerung des Viehbestandes die Kultivierung unserer Moore und Oedländer eine sehr wichtige Rolle. Neue und große Futtermengen können unzweifelhaft gewonnen werden, wenn wir diese Niedermoorare entsprechend kultivieren. Sie sind zum Teil sehr grasreich und über alle Provinzen verteilt und befinden sich vielfach in hässlichem Verfall. Von solchen Niedermoorare sind 550.000 Hektar bereits entwässert, für weitere 300.000 Hektar sind die Entwässerungsprojekte fertig oder vorberichtet. Es fehlt aber noch vielfach an den erforderlichen Einrichtungen. Wir werden in dieser Beziehung sowohl von Staats wie von Provinz wegen mit sehr viel größeren Mitteln eingreifen, als es bisher geschehen ist. Für eine Hauptaufgabe hatte auch ich die Förderung der inneren Kolonisation. Es ist bekannt und erwiesen, daß für die Mengenproduktion von Schlachtwie die Leistungsfähigkeit des Grundbesitzes ungeachtet der Verhältnisse zu seiner Größe steht. An der Grenze seiner Leistungsfähigkeit ist der Kleinbesitz meiner Überzeugung nach noch lange nicht angelangt. Es ist nur erforderlich, daß er sich der Schweinezucht unter gesicherten Verhältnissen widmen kann und ohne eine übermäßige Eberscheische Konkurrenz fürchten zu müssen.

Wir werden Ihnen eine Reihe von Maßregeln vorschlagen, mit denen wir die innere Kolonisation glauben fördern zu können. Die Hauptaufgabe ist die Beschaffung des notwendigen Laudes. Da werden wir zunächst 12 Millionen Mark erbitten, die uns in den Stand setzen sollen, die Staatshochmoore in Ostpreußen, 16.000 Hektar, urbar zu machen. Da werden wir auch Domänen des Siedlungs-genossenschaftlichen mehr als bisher zur Verfügung stellen. Ich bin überzeugt, daß wir in dieser Beziehung mehr tun müssen, als wir bisher getan haben, namentlich in den Sandestellen, wo der kleine und der Mittelbesitz schwach vertreten sind. Wir beabsichtigen ferner, den bestehenden Siedlungsgesellschaften den Landanbau dadurch zu erleichtern, daß wir das Stammkapital durch Übernahme größerer Staatsanteile vermehren. Weiter werden wir für den Zwischenkredit zwischen dem Ankauf des Gutes und seiner Beendigung für zu sorgen haben als bisher. Es wird sich ferner empfehlen, daß die Beleihung der Rentenbücher bis zum Betrage des Lagerwertes gestärkt wird und daß die Schwierigkeiten beseitigt werden, welche dem Abverkauf befristeter Grundstücke aus der Hypothekensicherung entgegenstellen.

Den bestehenden Kolonisationsgesellschaften beabsichtigen wir eine neue für Schleien hinzuzufügen, die dort dem Besitzungsbesitz angegliedert werden soll. Wir wollen das bestehende System für unsere innere Kolonisation stärken und verbessern.

Unsere Siedlungsgesellschaften in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg, von denen die letztere ja noch ganz jung ist, haben 1911 rund 600 Stellen neu begründet. Ich erwarte mit Bestimmtheit, daß sie mit den Maßnahmen, von denen ich spreche und die zum großen Teile von den Siedlungsgesellschaften angeregt sind, besser und umfangreicher als bisher werden arbeiten und wirken können. Die Siedlungsgesellschaften können und müssen dahin kommen, ihre Tätigkeit in jedem Jahre zu erweitern. Geschieht das, so wird man in der Zeit eines Menschenlebens — es handelt sich um eine Frage, die nicht in einem Tage gelöst werden kann — doch zu Resultaten kommen, die sich sehen lassen können.

Die innere Kolonisation ist nicht nur für die Vermehrung der Fleischproduktion von der allergrößten Wichtigkeit. Die Bedeutung der inneren Kolonisation geht weit darüber hinaus. Wir stehen seit Jahren einer starken Abwanderung aus der Bevölkerung vom platten Lande gegenüber und einer Zusammenpressung größerer Menschenmassen in den großen Zentren. Diese neue Völkermigration, die sich nur unter Verschiebung in der Bevölkerung vollzieht, bringt Umwälzungen mit sich, die man versucht sein könnte, als von elementarer Natur zu bezeichnen.

Physisch und moralisch, wirtschaftlich und sozial wandelt sich der Volksscharakter und die Struktur des Volksscharakters um. Man sagt mit Recht, daß ein Staat alt wird, der sich nicht immer auf neue aus seinem Landvolk verjüngen kann. Unsere stark wachsende, vielfach auf den Export angewiesene Industrie mit ihren Hunderttausenden von Arbeitern muß ein Gegengewicht haben in einer kräftigen, fest fundierten und vom Auslande möglichst unabhängigen, Ackerbau treibenden Bevölkerung. (Zustimmung.) In den großen Stadtzentren besteht die kolonisationsfördernde Aufgabe in der Beschaffung von Wohnungen in den Bezirken der Städte und ihren Vororten, für den gesamten Staat erwächst die Aufgabe, der Abwanderung vom Lande und der Aufsaugungstendenzen, die von den großen Städten ausgeht, ein Paroli zu bieten.

Der Abfluß vom Lande steht in engem Zusammenhange mit der Grundbesitzverteilung. Das ist, wie ich glaube, durch die Ausleeren namentlich des Professors Sering unüberleglich nachgewiesen. Der Abfluß hat sich besonders stark dort gezeigt, wo der Großgrundbesitz eine vorherrschende Stellung einnimmt. Wenn unsere Landbevölkerung stark bleiben soll, so kann es nur durch eine Stärkung und Vermehrung unserer Bauernstellen geschehen. Diese Aufgabe steht noch über allen parteipolitischen Gegensätzen. Wer innere Kolonisation treiben will, weil ihm der Stand des Großgrundbesitzes zuwider ist, den er am liebsten ausrotten möchte, denkt unhistorisch, der würde unserer Landwirtschaft und unserem Staat nur Verderben und Unheil zufügen, praktisch aber jagt er einer Utopie nach. Worauf es ankommt, ist eine Mischung der großen, mittleren und kleinen Betriebe. Das kommt auch dem Großgrundbesitz zugute. Wir stehen vor einer Aufgabe, an der der Staat mit allen seinen Beamten, an der alle Parteien freudig und tatkräftig mitarbeiten sollen. Friedrich der Große hat gesagt: Menschen erachte ich für den größten Reichtum. Wie er diesen Satz veranlaßt wissen wollte, hat er durch seine großartige kolonisationsfördernde Tätigkeit gezeigt. Aus dem preussischen Staat mit seinen 6 Millionen Einwohnern ist ein Staat mit 40 Millionen Einwohnern geworden. Sorgen wir dafür, daß immer zahlreichere Existenzen in diesem Staate mit dem heimischen Boden fest verankert werden! Damit werden wir unseren Staat gesund und stark erhalten!

### Briefkasten.

Für diese Nummer ist des Brief- und Bettags wegen die Redaktion bereits Samstag Abend geschlossen worden. Alle Zuschriften, die später eingingen, mußten für die nächste Nummer liegen bleiben.

### Verammlungskalender.

- Ameru St. Georg. 24. November, 5 1/2 Uhr, bei Witwe Klaben.
- M. Glöckner-Holt. 23. Nov., 1/2 Uhr, bei David Arch.
- Greiz. 21. November, 1/2 Uhr, bei Karl Gräffer, hohe Gasse.
- Pöfen. 1. Dezember, 5 Uhr, bei Schmiedem, wichtige Ver-
- ammlung.
- Mülheim (Aheim). 27. November, 6 1/2 Uhr, bei Böcker,
- Wallstr. 10, ordentliche Generalversammlung.
- Reutert. 1. Dezember, 6 Uhr, bei Kommerstücken.
- Oedt. 24. Nov., bei Heinrich Kramp, Generalversammlung.
- Delitzsch (Soglaad.) 1. Dezember, 5 Uhr, im Lokale zur
- „goldnen Sonne“.
- Kaerze. 24. November, 4 Uhr, bei Johann Rademacher,
- an der Kirche.

### Literarisches.

Der Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (in Buchform, 250 Seiten stark) ist durch die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Kavalleriestr. 22, zu beziehen. Preis nur 30 Pfg.

Der Geschäftsbericht enthält volkswirtschaftliches Material, wichtige Angaben über textilindustrielle Verhältnisse, Zusammenstellungen und Berichte über die Entwicklung des Verbandes (speziell in den letzten zwei Jahren), Mitgliederbewegung, Finanzgebarung, ein reichhaltiges Tabellenwerk über das Unterstützungswesen, die Geschäftsberichte der Beamten, die Anträge zur Eberfelder Generalversammlung u.

Der Geschäftsbericht enthält zahlreiche praktische Ratschläge für die Agitationsarbeit, er gibt ein klares Bild über die Lage des Verbandes.

Er ist unentbehrlich für alle Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen, von größter Wichtigkeit für alle Mitarbeiter und Mitglieder.

Das Protokoll der IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (22. bis 25. Sept. 1912 zu Eberfeld) erscheint (180 bis 200 Seiten stark) am 20. November cr.

Preis 20 Pfg.

Da in der „Textilarbeiter-Zeitung“ nur ein kurzer Auszug über die Verhandlungen veröffentlicht werden konnte, ist der stenographische Bericht von größter Bedeutung. An die Ortsgruppenleitungen richten wir den dringenden Appell, das Protokoll (ebenso auch den Geschäftsbericht) einem möglichst großen Mitglieds-kreis zugänglich zu machen.

Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die Geschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22.

Die Bandweberei. Bandwickerei. II. Teil. Der Bandstuhl und die sonstigen Maschinen für die Bandweberei. Fachliches Rechnen. Die Garne. Die Kalkulation. Von Otto Boff, Fachlehrer an der Preuss. höheren Fachschule für Textilindustrie zu Barmen. Zweite, vollständig umgearbeitete und erweiterte Auflage. Mit 104 Abbildungen im Text. (Bibliothek der gesamten Technik, Band 202.) Preis in Ganzleinen gebunden 5 Mark 40 Pfg. (Leipzig 1912, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung.)

Von diesem bekannten Werke über Bandweberei ist nun auch der 2. Band erschienen, in dem der Bandstuhl und die sonstigen Maschinen für die Bandweberei, das fachliche Rechnen, die Garne und die Kalkulation in neuer, sehr erweiterter, eingehender Form dargestellt sind. Aus dem reichen Inhalt, dessen Verständnis 104 in verhältnismäßig großem Maßstabe gehaltene klare und deutliche Abbildungen erleichtern, sei nur das wichtigste hervorgehoben. Zunächst werden die Vorarbeiten für die Bandweberei und die dazugehörigen Maschinen: Spul- oder Windemaschinen, Kettenführmaschinen, Spulmaschinen für das Schußgarn, Gummiumpumprungsmaschinen, Niesenmaschinen, Gimpelmaschinen behandelt. Der 2. Abschnitt des Werkes ist dem Bandstuhl gewidmet. Wir finden da zunächst einige geschichtliche Ausführungen und dann nach einem einführenden Abschnitt, Kapitel über das feste Bandstuhlgestell, den Antrieb, das Getriebe, die Hauptwelle, die Kamrad- oder Ergenterwelle, die Bewegung der Ketten, die Schäfte, die Jacquardmaschine, Verbolmaschine, Harnisch, Bandstühle mit Schäften und mit Jacquard-Einrichtung, Kartenschlagen und Kartenschnüren, selbsttätige Kettenablaßvorrichtungen, die Vorrichtungen zum Eintragen und Anschlagen des Schuß- oder Einschlagfadens und die Vorrichtungen zum Abzug des fertigen Bandes. Der 3. Abschnitt des Werkes behandelt die Spezialbandstühle und -maschinen (Nadelstuhl, Stühle für Doppelschnitt, Bandstühle mit Doppelan-schlag oder mit Quetschnabel, Stühle mit Treibriemen, Bandstuhl für Gummistrümpfe, der englische (Hattersley-) Bandstuhl, Vigen-Bandwebstuhl, Paßbandmaschine. Darauf folgt als 4. Abschnitt eine Darstellung des Bandwebens oder Bandwirkens mit den Unterabteilungen, Aufstellen und Richten des Bandstuhles, Ketteneinstellung und Einlegen der Ketten, Einpassen der Kettfadens, Bandweben oder Bandwirken, dem sich der 5. Abschnitt über die Nacharbeiten anschließt. Im 6. Abschnitt wird das fachliche Rechnen eingehend in folgenden Kapiteln behandelt: I. Riebrechnungen, II. Schaft- und Harnisch-rechnungen, III. Berechnung der Gängezahl für den Bandstuhlschlager (die Lade), IV. Bestimmung des Wirl-lohnes, V. Tourenberechnung, VI. Aenderung des Zug-baumes bei verschiedenen Schußdichten, VII. Berechnung des Patronenpapieres, VIII. Garne. Im letzten Abschnitt ist die Kalkulation in gleich eingehender Weise behandelt. Die so wichtige Kalkulation, sowohl die Längenkalkulation wie auch die Gewichtskalkulation wird sehr eingehend und interessant vom Anfang bis zur Kontrolle und der Festsetzung des Verkaufspreises besprochen, sowie an einer ganzen Anzahl von Bandkalkulationen näher erklärt. (Baumw. Bänder, usw.). Eine Anzahl Kalkulations-(Garn) Tabellen wird dem Benutzer des Buches besonders willkommen sein. Ein ausführliches Sachregister erleichtert das Nachschlagen und die Benutzung des Werkes in der Praxis. Wir können das gut ausgestattete und sehr preiswerte Buch allen Interessenten nur empfehlen.

### Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Werksgemeinschaft oder Gewerkesolidarität. — Die Konzentration in der „freien“ Gewerkschaftsbewegung. — Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten. — Unsere Kolleginnen in den konfessionellen Vereinen. — Allgemeine Rundschau: Noch eine Stimme zum Dresdener Kongress. Die Verantwortung des älteren Arbeiters im Verkehr mit dem Jugendlichen. — Mehr Arbeiterinnenvereine! — Ein schlechter Rechenmeister. — Christliche Gewerkschaften und Konsumvereine. — Wenn zwei das selbe tun! — Die Klassenherrschaft der Arbeiter ist ein Unding. — Wie andere Kreise ihre Interessen zu wahren verstehen. — Sie prägen sich weiter. — Treffend charakterisiert. — Aus unserer Industrie: Die deutsche Luchtkonvention. — Die Wirkungen des Balkankrieges auf die deutsche Textilindustrie. — Die Wirkung des Balkankrieges auf den Geschäftsgang in der internationalen Textilindustrie. — Die Präsidentenwahl in Amerika und die Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Aus unseren Bezirken: Konferenz des 10. Verbandsbezirks Bamberg-Julba. — Bezirkskonferenz des Bezirks Schlesien. — Berichte aus den Ortsgruppen: Betrach. — Cottbus. — Forst (Lausitz). — Ibbendüren. — Schweighausen-Lantenbach. — Naals. — Balheim. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Das Recht der Arbeiterin auf die Mittagspause und Wöchnerinnenschutz. — Äußere Kolonisation und Fleischtenerung. — Briefkasten. — Ver-